Aufruf des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1978 Seite 2

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 14. April 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonn macht Reklame für US-Bomben. Wir fordern:

Keine Stationierung der Neutronenbombe auf deutschem Boden!

Sie sollen in der Bundesrepublik gelagert und eingesetzt werden: die Neutronenbomben. Mörderische Waffen, die alles Menschliche töten und zugleich die Panzer, Häuser, Industrieanlagen unversehrt lassen. Für die Imperialisten und Militärstrategen ein „Wunschtraum". Für die Werktätigen jedoch eine ungeheure Bedrohung, ein erneuter Beweis dafür, daß die Imperialisten nicht davor zurückschrecken, über Millionen von Leichen zu gehen, um ihre Profite zu sichern. Darum herrscht nicht nur unter den deutschen Werktätigen große Empörung über diese Waffe.

Mit der Entscheidung des US-Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenbombe „zunächst zu verschieben", unternehmen Washington und Bonn ein lautstarkes Manöver, um eben diese Empörung abzuwiegeln. Der Beschluß dieses scheinheiligen Vertreters der amerikanischen Monopolbourgeoisie heißt keinesfalls, daß die USA darauf verzichten, die Bombe zu bauen und in Europa einzusetzen. Im Gegenteil, Carter hat zur gleichen Zeit bekanntgegeben, daß die USA verstärkt die Trägerraketen weiterentwickeln. Denn „ohne vorherige Modernisierung der teilweise antiquierten und inakuraten Träger sei eine Einführung der Neutronenwaffen ohnehin nutzlos".

Die angebliche „Vertagung" der Produktion der Neutronenbombe ist also nichts anderes als eine Tarnung für den Ausbau dieses Waffensystems, für die Verbesserung der Lance-Batterien, der Honest-John-Raketen, die in der Bundesrepublik stationiert sind und diese Neutronenbomben abschießen sollen. 5.000 amerikanische Atomsprengköpfe für diese Raketen lagern bereits hier. Die geheime Produktion der Neutronenbombe, die jahrelang unter einem unauffälligen Haushaltstitel des amerikanischen Verteidigungsministeriums lief, scheint also weitgehend abgeschlossen zu sein. Lassen wir uns nicht täuschen: Noch nie haben die amerikanischen Imperialisten tatsächlich die Produktion einer Waffe eingestellt oder unterbrochen. Auch dann nicht, wenn sie die Waffen zum gegenseitigen „Tausch- und Abrüstungsobjekt" mit der anderen Supermacht, den russischen Sozialimperialisten, erklärten.

Aber die Bonner Regierung hat in der letzten Woche deutlich demonstriert, daß sie nicht nur der Stationierung dieser Mordwaffen auf deutschem Boden zustimmt, sondern sie sogar ausdrücklich betreibt. Genschers „Blitzbesuch" in Washington sollte dem amerikanischen Präsidenten das „von einer breiten Mehrheit getragene Ja zur Neutronenwaffe vorbringen" (FDP-Militärexperte Möllemann). Es ist in der Tat so, alle Parteien wünschen den Vernichtungseinsatz in unserer Heimat. Die heuchlerischen Worte von Bahr, diese Bombe sei „inhuman", sind vergessen, SPD/FDP und Bundesregierung haben längst die Stationierung beschlossen, unter anderem im Bundessicherheitsrat im März. Der „Appell" der CDU an Carter ist also nichts als eine überflüssige Geste.

Carters Manöver, angeblich den Bau der Neutronenbombe zu verschieben, dient nicht zuletzt dem Versuch der Bundesregierung, die Empörung der Werktätigen gegen die Stationierung auf deutschem Boden abzuwiegeln. So heißt es in der bürgerlichen Presse, Schmidt habe „befürwortet, die Neutronenwaffe als Tauschobjekt in Rüstungsverhandlungen einzusetzen, bevor er sich öffentlich dazu bereit erklären würde, die nukleare Strahlungswaffe auf deutschem Boden zu stationieren".

Die Neutronenwaffe auf deutschem Boden zeigt deutlich, daß die Bonner Imperialisten in ihrer Gier, im Windschatten der amerikanischen Imperialisten am Kampf um die Weltvorherrschaft teilzunehmen, keinesfalls davor zurückschrecken, Millionen Menschen in unserem Lande zu vernichten. So wie schon im ersten und zweiten Weltkrieg. Nur im revolutionären Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen ihre Helfer in Bonn und Pankow werden wir den Frieden erhalten können. Weg mit Atomwaffen, Neutronenbomben und anderen Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden!

Metallarbeiter rebellieren gegen IGM-Apparat



Am Streiklokal von Mahle wurde dieses Transparent von Streikposten nach dem Tarifabschluß in Baden-Württemberg aufgehängt [siehe Seite 3].

Mittwoch/Donnerstag/Freitag

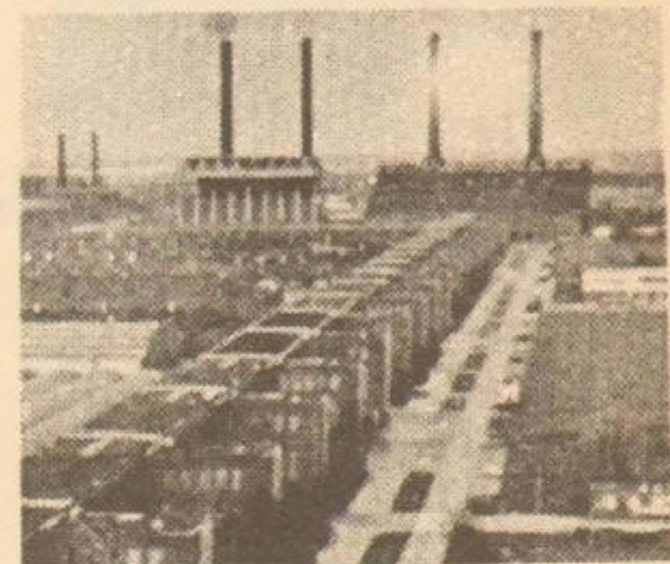
Zum Schluß marschierten mehr als 10 000 VW-Arbeiter

Tausende von VW-Arbeitern in Wolfsburg streikten am Mittwoch, Donnerstag und Freitag letzter Woche. Das war ihre Antwort auf das „letzte Angebot" der VW-Bosse — fünf Prozent. Die IGM-Bonzen hatten zwar die Einleitung der Urabstimmung versprochen. Aber das wollten die VW-Kollegen nicht abwarten. Zu oft waren sie in den letzten Wochen und Monaten vom IGM-Apparat hingehalten worden. Sie nahmen deshalb den Kampf selbst in die Hand! Die Zeitungen außerhalb Niedersachsens schwiegen diesen Streik tot. Offenbar haben die Unternehmer Angst, daß das Beispiel der VW-Arbeiter Schule machen könnte...

Im folgenden ein Bericht über den Kampf bei VW in Wolfsburg.

Am 6. 4. beschloß der Aufsichtsrat von VW unter dem Vorsitz von Toni Schmücker, die Dividende für die Aktionäre drastisch zu erhöhen. Auf 25 Prozent gegenüber zehn Prozent im Vorjahr! Pro 50-DM-Aktie werden acht DM gezahlt. Dazu kommen 4,50 DM Steuergutschrift für Inlandsaktionäre — von der Bonner Regierung am 1. 1. 78 als Steuergeschenk für die Unternehmer beschlossen!

Damit die Dividenden für die Aktionäre steigen, müssen die VW-Arbeiter zahlen: mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes — seit 1974 wurden rund 40.000 VW-Arbeiter entlassen —; mit steigender Arbeitshetze und Lohnraubabschlüssen.



Mittwoch, 5. 4. bei VW in Wolfsburg. Schon seit Tagen drohen die VW-Bosse mit Kurzarbeit. Jetzt wird im Werk bekannt, daß die Tarifverhandlungen zwischen der IGM und den VW-Bossen gescheitert sind. Es wird eine Urabstimmung bei VW geben — die erste seit Bestehen des Werks. Spontan sammeln sich in der Spätschicht nach der 18-Uhr-Pause Hunderte von Kollegen in der Kantine — die italienischen Kollegen geschlossen. Es herrscht Streikstimmung. Die VW-Arbeiter protestieren gegen das letzte Fünf-Prozent-Angebot der VW-Bosse. Sie wollen acht Prozent mehr Lohn. Aber der Betriebsrat wiegelt ab. Er schickt die Kollegen wieder an die Arbeit. Diesmal gehen sie noch. Wenn auch langsam und widerwillig.

Donnerstag, 6. 4. Die halbe Stunde Streik vom Vortag hat den Kollegen Mut gemacht. Nach der großen Pause wird marschiert. Mehrere hundert Kollegen aus der Halle 12 machen den Anfang. Tausende aus anderen Hallen schließen sich an. „8% mehr Lohn — 5%, das ist ein Hohn", ist auf Pappschildern zu lesen. Die Kollegen marschieren vor das Verwaltungsgebäude. Aber dort ist alles dicht. Kein Vertreter des Vorstandes läßt sich blicken. Daraufhin geht es zum „Grünen Saal". Erneut werden acht Prozent und die Vorweganhebung der unteren Lohngruppen gefordert. Erst nach vier Stunden, gegen Schichtende, ziehen die Kollegen zurück und informieren gleich die Spätschicht, die durch die Wachen kommt.

Ein Kollege der Spätschicht: „Als wir das hörten, waren wir begeistert." Um 15.30 Uhr beginnt auch die Spätschicht zu streiken. Sie marschieren durch die Hallen. „Wir waren ca. 7.000, ein gewaltiger Zug, der sich zum Verwaltungshochhaus zog. Kollegen, die sich nicht trauten mitzugehen, solidarisierten sich mit uns und stellten die Maschinen ab. Wir streikten mehr als drei Stunden." Die Meinung aller: Am Freitag wird weitergemacht!

Freitag, 7. 4. Die Partei verteilt an die Frühschicht ein Flugblatt, in dem sie aufruft, den Streik auszuweiten, und den Verrat der IGM-Bonzen an den VW-Kollegen und allen Metallern entlarvt. Und wieder tritt die Frühschicht in den Streik. Mehrere Stunden bis zum Schichtende. Ein Kollege der Spätschicht berichtet: „Begeistert wurden wir von der Frühschicht an der Wache empfangen. Wir schickten dann gleich unsere Vertrauensleute los, um zu erfahren, wann wir losmarschieren. Aber die Vertrauenskörperleitung wollte den Streik abwürgen. Es hieß, sie treffe sich erst am Montag, es könne erst am Dienstag weitergehen. Die Kollegen waren empört.

‚Wenn die Frühschicht gestreikt hat, müssen wir auch streiken. Wir können denen nicht in den Rücken fallen', ‚wenn die anderen Hallen abwarten, müssen wir eben wieder anfangen'. Das war die Meinung fast aller Kollegen der Halle 12, von der auch am Vortag der Streik ausgegangen war. Wo die Vertrauensleute dagegen waren, stellten die Kollegen die Bänder einfach selbst ab. Sie sammelten sich gegen 15.30 Uhr in der Kantine und marschierten los. Wir trugen Schilder mit: ‚Streik für 8%' — ‚Wir wollen 8% mehr Lohn! 5% sind ein Hohn!' Die Stimmung war prima.

Mit Sprechchören zogen wir durch die Hallen, wo die Kollegen schon auf uns warteten. Jeder, der sich einreihte, wurde mit Hurra-Rufen und Klatschen empfangen. Unterwegs wurden noch andere Schilder mit ‚8% mehr Lohn!' gemalt. Einige Kollegen hatten Kreide mit und malten überall an Scheiben und Maschinen ‚8%'. Wir zogen durch die Hallen 42, 7, 8, 4, 3, 2. In der Halle 8, der Kabelabteilung, gingen diesmal auch viele Frauen mit. Andere blieben zwar am Arbeitsplatz, arbeiteten aber nicht weiter. Wenn einer doch arbeitete, wurde laut gebuht. Einige Kollegen gingen aus dem Zug heraus und redeten mit denen, die noch zögerten. Viele reihten sich daraufhin ein. Wir waren ungefähr 10.000! Unser Zug wuchs immer mehr an. Auf der Straße zum Hochhaus konnten wir die riesige Menschenmenge kaum noch überblicken. Die Stimmung war enorm. Immer wieder riefen wir: ‚Wir wollen 8%!' Gegen 20.00 Uhr waren wir vor dem Hochhaus, wo in den oberen Etagen noch Licht brannte. Es wurde immer nach „Toni, Toni" gerufen. Aber die Geschäftsleitung ließ sich nicht blicken.

Gegen 20.30 Uhr gingen wir langsam zurück. Als wir uns vor einer Halle sammelten, forderte ein Gewerkschaftsbonze dazu auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Die Antwort: gellendes Pfeifen und Buh-Rufe. Darauf hieß es: „Na gut, wenn ihr weitermachen wollt, macht weiter. Aber geht nicht durch die Hallen." Kurz: Die IGM-Herren wollten Ruhe und Ordnung herstellen. Doch wir hielten uns nicht daran. Wir zogen mit unseren Sprechchören weiter durchs Werk. Erst kurz vor Feierabend gingen wir in die Hallen zurück. Die Bänder standen bis zum Ende der Schicht! Es war für alle ein großartiges Gefühl, daß wir durchgehalten hatten und zusammenhielten."

AUS DEM INHALT

Interview mit zwei griechischen Betriebsratskandidaten	4
RGO-Liste bei Siemens/Witten	5
Betriebsratswahl bei der Kemptener Maschinenfabrik (KMF)	5
Bossen und Bonzen einen Schuß vor den Bug	6
Jahresprämie: Druckmittel der neuen Kapitalisten in der DDR	6
Die SED stärkt den Privatsektor	6
Berufungsprozeß gegen den „Roten Morgen"	7
Antimilitaristische Aktionen bei der Rekruteneinziehung	8
150 Jahre Goya	9
Libanon: UNO-Truppen auf der Seite der Besatzer	10
Carter in Afrika und Lateinamerika	10
Iran: Massenaktionen im ganzen Land	11
„Kommunistische Jugend des Iran" gegründet	11

„Befreiung“ von Berufsschulpflicht

Die hessische Landesregierung läßt in ihrem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nach. Jetzt will sie als neuen Vorstoß in dieser Richtung der Arbeiterjugend „Die Befreiung von der Berufschulpflicht ermöglichen“. Entsprechende Bestimmungen sind in einem Rechtsverordnungsentwurf des Kultusministeriums vorgesehen. So können z. B. Jugendliche mit einem Berufsgrundbildungsjahr von der Berufschulpflicht „befreit“ werden. Oder 17jährigen Jugendlichen wird das Berufsschuljahr „erlassen“. Laut „Frankfurter Rundschau“ sind die vorgelegten Bestimmungen „so weitreichend, daß praktisch von einem Berufsschulunterricht bis zum 18. Lebensjahr nicht mehr die Rede sein kann“. Vorgesehen ist, daß die Jugendlichen selbst einen entsprechenden Antrag stellen können. Daß sie es auch tun werden, dafür werden die Unternehmer dann schon sorgen. Bekanntlich muß heute jeder Jugendliche froh sein, wenn er nicht ohne Arbeit und Ausbildungsplatz auf der Straße liegt, wie so viele. Wer will da schon ein Risiko eingehen?

Es ist klar: Die Unternehmer wollen billige Arbeitssklaven, die ihnen möglichst viel Profit einbringen. Die Berufsschulpflicht steht dem nur im Wege. Also weg damit. Kann unser Staat, kann unsere Regierung sich solch einem berechtigten Anliegen der Unternehmerschaft verschließen? Natürlich nicht. Wo kämen wir da hin! Schließlich leben wir in einem „Wohlfahrtsstaat“. Und wie soll die Wohlfahrt der Unternehmer gewährleistet werden, wenn der Staat auf die Interessen der Arbeiterjugend Rücksicht nimmt?

Der Gipfel der Heuchelei

Nachdem bekannt geworden war, daß Mitte März der Ostberliner Nico Hübner in faschistischer Manier von den DDR-Behörden festgenommen worden war, weil er sich, unter Berufung auf den Viermächte-Status, der Einziehung zur DDR-Armee entziehen wollte, entfalteten die Westberliner bürgerlichen Parteien in dreifaltiger Einigkeit ein heuchlerisches Geschrei. Die DDR verletze mit der Einbeziehung Ostberlins in den Bereich der Militärdienstpflicht der DDR den Viermächte-Status, der ein Verbot der Militarisierung Berlins vorsehe. Nico Hübner wird von den Westberliner Politikern für ihre politischen Zwecke in Beschlag genommen und als Märtyrer aufgebaut, als einer, „der den Viermächte-Status beim Wort nahm“.

Diese Heuchler! Was ist denn mit den vielen bundesdeutschen Wehrpflichtigen, die nach Westberlin flohen, um der Bonner Wehrpflicht zu entgehen und damit genauso „den Viermächte-Status beim Wort nahmen“ wie Nico Hübner? Sie wurden gejagt und verfolgt — von der Westberliner Polizei! Und ist etwa Westberlin frei von Militarisierung? Ist nicht die Polizei durch das Handgranatengesetz geradezu militarisiert worden? Tummeln sich nicht in Westberlin die Streitkräfte der Westmächte, die ein Bürgerkriegsmanöver nach dem anderen gegen die Bevölkerung proben (siehe z. B. RM 14/78)? Vom Verbot der Militarisierung in Berlin kann keine Rede sein, weder in Ost noch West. Die Westberliner Krokodilstränen über Nico Hübner sind lediglich eine Propaganda-Kampagne, die den Bonner Revanche-Plänen dient.

Todeskommando

Erneut stürzte in der letzten Woche ein Starfighter ab. In der Nähe des rheinischen Flughafens Kerpen fiel der 198. Starfighter vom Himmel. Der Pilot starb. Ein Ereignis, das der bürgerlichen Presse — sofern sie überhaupt berichtete — drei, vier Nachrichtenzeilen wert ist. Mehr nicht.

Man muß sich das einmal vorstellen: Seit Jahr und Tag fliegen Piloten mit diesem Flugzeug in den Tod, müssen Tausende um ihr Leben fürchten — denn oft genug stürzten Starfighter auf Wohnhäuser, schlugen sie unmittelbar neben entsetzten Werktätigen in den Erdboden. Und was geschieht? Man registriert die Abstürze — 1, 10, 50, 100, 150, 195, 197, 198. Und wird sie weiter registrieren — 199, 200, 201, 202. Bis der letzte Starfighter heruntergekommen ist. Vorher gibt es offensichtlich für die Generäle keinen Grund, die Starfighterflüge einzustellen. Warum auch? Sie befehlen schließlich vom sicheren Erdboden aus. Sterben müssen andere.

Und schließlich: Wer einen Starfighter-Piloten in den sicheren Tod schickt, braucht keinerlei unbequeme Fragen oder gar eine Anzeige zu fürchten. Denn diese Soldaten sterben auf höchsten Befehl. Auf Befehl des Bonner Kriegsministeriums.

Denn dort zählen Menschenleben nicht. Und schon gar nicht einige Dutzende. Dort zählt allein das Profit- und Machtinteresse der deutschen Imperialisten (und das läßt sich — wie im Fall „Starfighter“ — durchaus mit den Geschäftsinteressen einzelner Kriegsminister vereinbaren). Aufrüstung und Vorbereitung auf eine kriegerische Auseinandersetzung um imperialistische Interessen — das ist auf der Bonner Hardthöhe Trumpf. Die Werktätigen zählen nur als Kanonenfutter.

Aufruf des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1978

Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen!

Brüderliche, revolutionäre Kampfesgrüße zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse!

Harte Klassenauseinandersetzungen prägen den Charakter des diesjährigen 1. Mai in Westdeutschland und Westberlin. Schroff und unversöhnlich stehen sich unsere Interessen, die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, und die Interessen der Kapitalisten gegenüber. Für uns Arbeiter werden die Folgen der kapitalistischen Krise, die nicht nur unser Land, sondern die ganze kapitalistische und revisionistische Welt erfaßt hat, immer drückender fühlbar. Unternehmer, Regierung und DGB-Führung arbeiten Hand in Hand, um alle Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen: über eine Million Arbeitslose; Abbau der Reallöhne durch Tarifabschlüsse, die die Teuerung bei weitem nicht ausgleichen; Lohnverluste durch Kurzarbeit, Abgruppierungen, Akkordkürzungen, Streichung sogenannter übertariflicher Leistungen usw.

Die wirtschaftlichen Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse gehen einher mit einer ungeheuren Verschärfung der politischen Unterdrückung des Volkes durch die Bourgeoisie und ihre Bonner Regierung. Der staatlich geschützte Aussperrungsterror der Unternehmer stellt einen frontalen Angriff auf das ohnehin schon stark eingeschränkte Streikrecht der Arbeiterklasse dar. Unter dem Vorwand der sogenannten Terroristenbekämpfung werden die wenigen verbliebenen demokratischen Rechte des Volkes Zug um Zug abgebaut. Gleichzeitig tritt die Vielzahl alter und neuer faschistischer Organisationen immer frecher auf.

In der DDR verschärft die Honecker-Clique brutal die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Vor allem durch die unaufhörliche Steigerung der Arbeitshetze und durch die ohne Rücksicht auf den Widerstand der Arbeiter durchgesetzte Ausweitung der Schichtarbeit. Die 305 Paragraphen des neuen Arbeitsgesetzbuches sollen jeden Widerstand der Arbeiter im Keim unterdrücken, damit die Profite der SED-Bonzen und ihrer Moskauer Oberherren weiter steigen. Mit schrankenlosem sozialfaschistischen Terror geht die Honecker-Clique gegen jede Opposition vor.

Gesteigerte Ausbeutung, verschärfte Unterdrückung — nichts anderes hat im Osten wie im Westen unseres Landes der Kapitalismus der Arbeiterklasse, der Jugend, allen Werktätigen zu bieten. Es bestätigt sich auch heute die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß der Kapitalismus, das System der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch die Kapitalisten, den Arbeitern niemals eine erträgliche und gesicherte Existenz zugesteht. Nur durch die sozialistische Revolution, durch die Errichtung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats kann die Arbeiterklasse sich im Bunde mit allen werktätigen Schichten des Volkes befreien, kann sie sich in Freiheit ein gesichertes Leben ohne Arbeitslosigkeit und Inflation, ohne drückende Existenzsorgen aufbauen.

In der DDR wächst in der Arbeiterklasse die Unzufriedenheit und Empörung. Kleinere Streikaktionen verschiedener Belegschaften signalisieren die wachsende Bereitschaft der ostdeutschen Arbeiter zum Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die neue ostdeutsche Bourgeoisie und die russischen Sozialimperialisten.

Auf breiter Front ist die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins zum Kampf für mehr Lohn, gegen die Vernichtung unserer Arbeitesplätze, gegen die Einführung neuer Techniken auf dem Rücken der Arbeiter, gegen den Rationalisierungsterror der Unternehmer angetreten. Die Tarifbewegung in der Stahlindustrie, der Hafenarbeiterstreik, der Streik der Druckereiarbeiter, der Kampf der Metallarbeiter, vor allem der dreiwöchige Streik der Metaller in Baden-Württemberg, haben das gezeigt. Alle diese Kämpfe haben auch gezeigt, daß die Kapitalisten, ihre Bonner Regierung und der arbeiterfeindliche DGB-Apparat gemeinsam den Kampf der Arbeiter niederzuhalten suchen. Nur im geschlossenen Kampf gegen diese Feinde, im klaren Bewußtsein der Tatsache, daß auch Regierung und Gewerkschaftsführung nur die Interessen der Unternehmer vertreten, kann die Arbeiterklasse ihre Forderungen gegen die Kapitalisten durchsetzen. Um jeden Groschen Lohn, um jeden Arbeitsplatz muß angesichts der brutalen Krisenangriffe der Unternehmer erbittert und konsequent gekämpft werden. Das bleibende Ergebnis dieser Kämpfe aber muß sein, daß die Arbeiterklasse ihre durch den Verrat der Gewerkschaftsführung, durch die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, durch Reformismus und Revisionismus, durch Agenturen der Kapitalisten wie die DKP/SEW hervorgerufene Spaltung überwindet und ihre revolutionäre, kämpferische Einheit schmiedet.

Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!

Diese Losung hat die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) zum diesjährigen Roten 1. Mai ausgegeben. Der Aufbau und die Stärkung der RGO als proletarische Einheitsfrontorganisation gegen Unternehmerterror und Arbeiterverrat ist ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft alle Mitglieder und Freunde unserer Partei, alle klassenbewußten Arbeiter auf:

Keine Teilnahme am Regierungsmai!
Reiht Euch ein in die Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO!

Unser Gruß und unsere kämpferische Solidarität am 1. Mai gilt den Arbeitern aller Länder, den um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpfenden unterdrückten Völkern. Es gilt gerade jetzt, angesichts der Aggressionspolitik und der Kriegsvorbereitungen des Imperialismus, besonders der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, und ihrer aggressiven Militärblöcke, der NATO, zu der auch der westdeutsche Imperialismus gehört, und des Warschauer Pakts, den proletarischen Internationalismus zu stärken, die internationale Einheit gegen den Imperialismus mit den beiden Supermächten an der Spitze, gegen Kapitalismus, Reaktion und Revisionismus zu festigen.

Wir grüßen die Sozialistische Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in der Welt. Geführt von der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, verwirklichen die Arbeiter und Bauern Albaniens, wofür wir kämpfen: die Arbeitermacht, den Sozialismus.

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution! • Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! • Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen! • Gegen den Regierungsmai! • Heraus zu den Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO!

Offen gesagt ... Ein Verbrechen!

Gerade erst hatte die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ stattgefunden und die Frage der Rationalisierungen im Bereich der Krankenhäuser auf später verschoben, da tritt mit einer „Initiative“ zur Losung dieser Frage NRW-Sozialminister Farthmann, unter anderem Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG, hervor. **78 Krankenhäuser und Privatkliniken sollen bis spätestens 1981 in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden!**

Während Patienten auf den Fluren abgestellt werden müssen, während verunglückte Werktätige sterben müssen, weil sie von einem überfüllten Krankenhaus zum nächsten gefahren werden, während mit Arbeit überforderte Krankenhaus-Schwestern und -Pfleger mit der Zahl der Patienten nicht mehr fertig werden, wird aus Profitgründen den Werktätigen der Weg ins Krankenhaus weiter versperrt. Schon heute gilt an vielen Krankenhäusern, daß operierte Patienten nach wenigen Tagen Aufenthalt wieder nach Hause geschickt werden. Angeblich fördert das den Gesundungsprozeß. In Wirklichkeit ist den Verantwortlichen das Gesundpflegen der durch Ausbeutung und Arbeitshetze ruinierten Werktätigen zu lästig und nicht profitabel genug.

So sind vor allem ältere Menschen von diesen einschneidenden Maßnahmen betroffen. In vielen Bundesländern gibt es bereits die Anweisung, kranke alte Menschen, sogenannte „Pflegefälle“, nicht in Krankenhäuser aufzunehmen, sondern in Altersheime abzuschieben. So enthält auch die Maßnahme Farthmanns die Empfehlung, die zu schließenden Krankenhäuser und Altersheime, Altenkrankenheime oder Sozialstationen umzuwandeln. Eine Anregung, die die Krankenhausträger (in vielen Fällen die Kirchen!) gerne aufgreifen, da sie damit die Möglichkeit bekommen, die Renten der Insassen zu kassieren, ohne verpflichtet zu sein, viel für die Gesundung der Patienten zu investieren. Die „Sterbestation“, in der die alten Menschen „zu Tode gepflegt“ werden, ist kein Zukunftsbild eines Wahnsinnigen, sondern grausame Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft.

Die ganze Menschenverachtung dieses Systems kommt zum Vorschein, wenn man sich noch eine andere Seite der Medaille ansieht: Die Maßnahmen Farthmanns lassen den Krankenhausträgern nämlich die Möglichkeit, die betroffenen Kliniken weiterzubetreiben — für Privatpatienten! Während die Herrschaften der Kapitalistenklasse ihre Wehwehchen unter luxuriösen Bedingungen auskurieren können — gegen entsprechendes Geld, versteht sich — wird der Anspruch des normalen Werktätigen auf eine menschenwürdige Behandlung durch das Gesundheitswesen immer weniger erfüllt. Er wird zum Sklaven degradiert, dessen Gesunderhaltung nur insofern interessiert, wie sie der Arbeit für die Profite der Reichen dient.

Diese bittere Wahrheit erkennen jetzt immer mehr Menschen. Sie setzen sich gegen diese Angriffe zur Wehr. So haben sich in Dortmund und Duisburg Initiativen gegen Krankenhausschließungen gebildet. Die Partei unterstützt diese Kämpfe nach Kräften und zeigt den Werktätigen eine Alternative zu dem verrotteten kapitalistischen Gesundheitssystem. Das ist das Gesundheitswesen in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. Denn dort, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist, steht der Mensch im Mittelpunkt. Auch im Gesundheitswesen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

IGM-Bonzen von Streikposten niedergeschrien

Metallarbeiter rebellieren gegen den IGM-Apparat

„*5 Prozent sind ein Hohn — wir wollen 8 Prozent mehr Lohn!*" So stand es auf einem Transparent, mit dem streikende Metaller in Stuttgart zum Ausdruck brachten, was die große Mehrheit ihrer Kollegen von dem Schandabschluß der Steinkühler und Co. halten. Aber die DGB-Bonzen haben den Willen der Arbeiter immer schon mit Füßen getreten, und das tun sie auch jetzt wieder. Kein Zweifel: Kapitalisten und IGM-Apparat wollen den Fünf-Prozent-Lohnraubabschluß mit leichten Varianten den Metallern in allen Tarifbezirken aufs Auge drücken.

In Süd-Württemberg/Hohenzollern haben sie den Stuttgarter Abschluß bereits voll übernommen. In Niedersachsen (außer VW) ist ebenfalls bereits bei fünf Prozent abgeschlossen. Einen Absicherungsvertrag gegen Abgruppierungen haben die Bonzen hier erst gar nicht gefordert. Soweit bis zur Stunde bekannt, soll noch eine Anhebung der unteren Lohngruppen vereinbart worden sein. In den anderen Tarifbezirken waren die Verhandlungen bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen. So auch in Nordrhein-Westfalen, dem größten Tarifbezirk. Bis heute hat sich hier der IGM-Apparat geweigert, zum Streik aufzurufen, trotz überwältigender Mehrheit für Streik bei der Urabstimmung.

Es gibt praktisch nur einen Weg für die Metaller, den Bossen und Bonzen die Suppe noch zu versalzen und einen besseren Tarifabschluß zu erzwingen: starke, selbständige Kampfaktionen, „wilde" Streiks, wie bei VW in Wolfsburg.

Das Ergebnis der zweiten Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden wird jetzt als angeblicher Beweis dafür ausgeschlachtet, daß die Metaller mit dem Schandabschluß von Steinkühler und Co. einverstanden seien. Das ist eine hundsgemeine Lüge! Die massiven Proteste der Kollegen sprechen eine deutliche Sprache. So unterschrieben fast alle Streikposten eines Stuttgarter Metallbetriebes eine Resolution, in der es heißt: **„Mit Empörung haben wir am Montag von dem unglaublichen Abschluß gehört!"**

Sicher, eine knappe Mehrheit stimmte bei der Urabstimmung mit Ja. Aber was zeigt das denn? Es zeigt, daß ein Teil der Kollegen angesichts des ungeheuren Verrats und der Streiksabotage des IGM-Apparats zunächst resigniert hat. „Noch zwei Wochen Aussperrung und Schwerpunktstreik — dann kommt Steinkühler vielleicht mit 5,3 oder 5,5 Prozent an! Ohne mich!", so oder ähnlich mag mancher Kollege gedacht haben.

Aber viele Kollegen waren trotz allem bereit, weiterzustreiken. In den kampfstarken Industriezentren Stuttgart und Reutlingen hat die Mehrheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Nein gestimmt. Ist es nicht merkwürdig, daß die Bonzen sich bis zur Stunde weigerten, Einzelergebnisse aus den Stuttgarter Betrieben bekanntzugeben? Durchgesickert ist bisher immerhin, daß in einigen Betrieben 60, 70 und mehr Prozent Nein-Stimmen zu verzeichnen sind. **Bei Bosch in Reutlingen 70 Prozent, bei Dürr ebenfalls 70 Prozent, bei Porsche in Stuttgart sogar 76 Prozent.** In ländlichen Gebieten, wo ein beträchtlicher Teil der schwäbischen Metallindustrie angesiedelt ist (z. B. auf der schwäbischen Alb), mag es wohl anders aussehen.

Wie stark die Kampfstimmung auch jetzt noch ist, davon zeugt die Tatsache, daß auch nach Aussetzung der Aussperrung in vielen Betrieben die Kollegen zunächst nicht zur Arbeit kamen, daß an einigen ausgesperrten Betrieben sogar Streikposten aufzogen.

Aber davon einmal abgesehen: Mit der undemokratischen 75-Prozent-Klausel hat der Gewerkschaftsapparat sich ein übles Mittel geschaffen, um den Willen der Mehrheit mit Füßen zu treten. In einer harten Kampfsituation ist es kein großes Problem, 25 Prozent der Mitglieder, nämlich die rückständigsten, schwankendsten und teilweise direkt reaktionären Elemente gegen die Weiterführung eines Kampfes zu mobilisieren. Schließlich sind ja auch reaktionäre Meister, mittlere und höhere Angestellte in der IGM, die in einer wirklichen Kampforganisation der Arbeiter absolut nichts zu suchen haben. Nun — wirkliche Kampforganisationen der Arbeiterklasse sind die DGB-Gewerkschaften eben auch nicht. Das haben nicht wenige Kollegen im Verlaufe des Streiks erkannt. **Und am „schwarzen Montag", als der Schandabschluß bekannt wurde, war die 75-Prozent-Klausel in den Streiklokalen und vor den Werkstoren immer wieder Gegenstand erregter Diskussionen. Immer wieder empörten sich die Kollegen darüber, daß eine Minderheit und dazu noch die rückständigen, teilweise sogar arbeiterfeindlichen Mitglieder, über ihren Streik entscheiden sollen. „Die 75-Prozent-Klausel muß weg!" Darin waren sich die meisten Kollegen einig.**

Am heftigsten war die Empörung über den Schandabschluß unter den Streikposten. Sie haben auch sofort aktiv den Kampf dagegen eröffnet. So sammelten sie Unterschriften, verfaßten Protestresolutionen, berieten über Aktionen und Maßnahmen, um diesen Abschluß doch noch zu verhindern. Ihr militanter Protest zwang den IGM-Apparat, am Dienstag nach dem Abschluß eine zentrale Versammlung der Streikposten in Stuttgart zu organisieren. Zu dieser Versammlung kamen über tausend Kollegen. **„Dafür haben wir nicht gestreikt!"** hieß es auf einem Transparent, das sie mitführten. In geballter Form bekamen die Bonzen den Protest und den Haß der Kollegen zu spüren. Immer wieder tönten Parolen: **„1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 — sonst bleibt die Bude dichtgemacht!"** Teilweise wurden die Bonzen niedergeschrien und konnten nicht zu Ende reden. Der Versammlungsleiter drohte bereits zu Beginn: Wenn keine „sachliche Diskussion" möglich sei, werde man zu Mitteln greifen, „die hier sonst nicht üblich sind". Daraufhin Zwischenrufe: **„Wollt ihr die Polizei holen?!"**



Streikposten stellen Steinkühler wegen des 5-Prozent-Verrats zur Rede.

Gottschlich, Bevollmächtigter der IGM Stuttgart und größter Demagoge der Verwaltungsstelle, versuchte es mit dem unverschämten Argument: „Ihr wißt ja gar nicht, was im einzelnen in dem Vertrag steht." Dabei sind es doch gerade die Bonzen, die den Kollegen die elementarsten Informationen über den Verhandlungsablauf und über den Inhalt des Vertrages verweigerten! Entsprechend wütend waren auch die Reaktionen auf Gottschlichs Zynismus. „Das ist ja die Schweinerei! Erst aus der Zeitung erfährt man Einzelheiten über den Abschluß!"

Die Hälfte der versammelten Kollegen hielten nach dem Ende der Versammlung noch die Stellung, um der Großen Tarifkommission, die ebenfalls in diesem Saal zusammentrat, einen heißen Empfang zu bereiten.

Die schwäbischen Metaller haben einen der härtesten und längsten Streiks der letzten Jahre geführt. Ihr Kampf erwies sich dabei als Kampf an zwei Fronten: Nicht nur die Kapitalisten und die Staatsgewalt stand ihnen als Feind gegenüber, sondern auch der DGB-Apparat. Daß das vielen Kollegen klar geworden ist, ist das bleibende Ergebnis dieses Kampfes. Viele erkennen jetzt die Notwendigkeit, sich gegen Kapital und DGB-Apparat zusammenzuschließen.

Kein Schutz vor Abgruppierung

Der Vertrag über Verdienstabsicherung und Abgruppierungen sei ein „hervorragender Erfolg", „ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte", behaupten die IGM-Bonzen. Sehen wir uns diesen „hervorragenden Erfolg" doch etwas genauer an.

— In § 3 heißt es: Bei Rationalisierungsmaßnahmen „hat der Arbeitgeber, *soweit möglich*, dem betroffenen Arbeitnehmer einen gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz" anzubieten, ansonsten „*soweit möglich*" eine Umschulung auf einen solchen Arbeitsplatz (Hervorhebungen durch uns — Red.). „*Soweit möglich*" — mit anderen Worten: soweit es dem Unternehmer paßt. Ist das ein Schutz vor Abgruppierungen, wie ihn die Kollegen gefordert haben? Nein. Das sind lediglich fromme Sprüche.

— Die ursprüngliche Forderung nach **kollektivem** Schutz, also nach einem Verbot für die Unternehmer, die Lohn- bzw. Arbeitswert- und Gehaltsdurchschnitte zu senken, wurde vollständig begraben.

— Die Bonzen brüsten sich: Immerhin hätten sie durchgesetzt, daß der Betriebsrat über Abgruppierungen und entsprechende Maßnahmen rechtzeitig unterrichtet werden muß. Sie verschweigen nur, daß diese Verpflichtung zur „rechtzeitigen Unterrichtung" ohnehin bereits durch das Betriebsverfassungsgesetz vorgeschrieben ist.

— In § 4 des Vertrags wird dem Unternehmer das Recht zugesprochen, Arbeiter auf einen Schlag um zwei Lohngruppen, Angestellte um eine Gehaltsgruppe abzugruppieren.

— In § 5 wird festgelegt, daß bei nicht selbst verschuldeten (!) Abgruppierungen 18 Monate lang ein voller Verdienstausgleich zu zahlen ist. Ist diese Frist abgelaufen, geht der betroffene Kollege bei der ersten Lohnerhöhung **völlig leer** aus. Von den danach folgenden Lohnerhöhungen erhält er nur die Hälfte, bis er dann endgültig auf das Niveau der entsprechenden niedrigeren Lohngruppe gesunken ist. Mit anderen Worten: Auch von einer langfristigen Sicherung des Verdienstes kann keine Rede sein.

RGO-Listen bei Hoesch stehen

Die beiden RGO-Listen bei Hoesch in Dortmund (Werk Phoenix und Werk Union) mußten als gültig anerkannt werden. Der IGM-Apparat hatte mit den bereits bekannten üblen Erpressermethoden und Betrugsmanövern versucht, die Listen auszuschalten. Das scheiterte an der Unterstützung vieler Kollegen für die beiden RGO-Listen. Damit ist ein wichtiger Erfolg für die Stahlwerker bei Hoesch errungen worden. Bei der Auslosung erhielten beide Listen die Listennummer zwei.





Hartmut Siemon (oben), Norbert Bömer, Betriebsratskandidaten der RGO-Liste bei Hoesch, Werk Union.

Geld her oder Zechenstillegungen!

Der Boß der Ruhrkohle AG verlangte jetzt von der Regierung ein Milliarden-Subventionsprogramm für die Kohlebarone. Andernfalls — so drohte er — würden noch in diesem Jahr vier große Zechen stillgelegt.

Grassau/Obb.: 1.300 demonstrierten gegen Stillegung

In der oberbayrischen 6.000-Einwohner-Gemeinde Grassau demonstrierten letzten Freitag 1.300 Beschäftigte der Körting-Radio-Werke. Ihr Kampf richtet sich gegen die drohende Stillegung des Betriebes, die für die Kollegen Arbeitslosigkeit und für die gesamte werktätige Bevölkerung der Ortschaft einen unerhörten Angriff auf ihre Lebenslage bedeutet.

Tarifrunden

Öffentlicher Dienst: Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind in der vergangenen Woche auf Dienstag dieser Woche vertagt worden. Die ÖTV-Bonzen haben auf das provokative 3,7-Prozent-Angebot Bonns zwar mit scheinradikalen Sprüchen reagiert, aber sie weigern sich, der Forderung der Werktätigen im Öffentlichen Dienst nach Abbruch der Verhandlungen und Einleitung von Kampfmaßnahmen endlich nachzukommen. • **Bauindustrie:** 4,4 Prozent boten die Bauunternehmer bei den Tarifverhandlungen für die 920.000 Arbeiter in dieser Branche an. Die IG-Bau-Bonzen haben 7,7 Prozent gefordert. Auf die ungeheuerliche Provokation des Verbandes der Bauunternehmer, die Verschickung einer vorformulierten Aussperrungserklärung an die einzelnen Firmen, reagierten die Gewerkschaftsbonzen nur mit geheuchelter Empörung. Kampfmaßnahmen leiteten sie nicht ein. In der Bauindustrie laufen zur Zeit auch Verhandlungen über einen neuen Bundesrahmentarifvertrag für das Bauhauptgewerbe. Unter dem Druck der Arbeiter kündigten Funktionäre des Landesverbands Bayern der IG Bau in diesem Zusammenhang Warnstreiks für diese Woche an. • **Papierverarbeitung:** Die IG Druck und Papier vereinbarte für die 115.000 Beschäftigten dieser Branche Lohn- und Gehaltserhöhungen um fünf Prozent sowie zusätzliche Anhebungen in den unteren drei Lohngruppen. Damit haben sie einem weiteren Abbau der Reallöhne zugestimmt.

Fünf Arbeiter aus Profitgier in den Tod getrieben!

Auf schreckliche Weise kamen bei einem Arbeitsunfall fünf Arbeiter einer Montagefirma ums Leben. Sie waren mit Montagearbeiten an einem Abraumbagger im Braunkohlen-Tagebaugebiet von Hambach in der Nähe von Aachen beschäftigt. Die Kollegen mußten auf einem an dem Superbagger aufgehängten Brettergerüst arbeiten, das völlig unzureichend montiert und zudem mit nur 16 Zentimeter dicken Vierkantbalken unterfangen war. Das Brettergerüst brach plötzlich zusammen, das Halteseil gab nach und einer der 16 Zentimeter dünnen Balken knickte wie ein Streichholz. Die Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Zwei Kollegen blieben im Stahlgewirr des Baggerauslegearm hängen. Einer der beiden war sofort tot. Der andere starb wenig später im Krankenhaus an seinen Verletzungen. Die anderen drei Kollegen zerschmetterten am Boden zwischen Eisenmaterialien. Die Kollegen waren zwischen 21 und 36 Jahre alt. Alle fünf waren Beschäftigte der Recklinghäuser Stahlbaufirma Schwarz AG, die als Subunternehmer Arbeiten an dem 70 Meter hohen Bagger ausführt. Diese fünf Kollegen mußten sterben, weil im Kapitalismus das Leben eines Arbeiters gegenüber dem Profit der Unternehmer nichts wert ist.



Von diesem Bagger stürzten die Kollegen aus 40 Metern Höhe in den Tod.

Schwerbehinderte auf die Straße geworfen

Seit einem Jahr ist die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten um mehr als 5.000 angewachsen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten liegt jedoch in Wahrheit noch viel höher, denn viele melden sich gar nicht mehr als arbeitssuchend, weil sie ohnedies keine Hoffnung mehr haben, vermittelt zu werden. Insgesamt beträgt die Zahl der amtlich registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten heute 47.000. Es heißt zwar im Schwerbehindertengesetz, daß die Unternehmer auf sechs Prozent der Arbeitsplätze Schwerbehinderte beschäftigen müssen. Aber dieses Gesetz läßt, wie so viele „Sozialgesetze", ein Hintertürchen offen. Für die Bezahlung von 100 DM pro Monat und vorenthaltenen Arbeitsplatz in einen Fonds kann der Kapitalist sich von der Verpflichtung loskaufen. Bezeichnend ist, daß insbesondere auch Betriebe des Öffentlichen Dienstes diese Hintertüre benutzen. So wurde bekannt, daß allein bei den bayrischen Behörden in letzter Zeit mindestens 5.000 solcher Pflichtarbeitsplätze durch Loskauf unbesetzt blieben. Das verdeutlicht, daß unser sogenannter „Sozialstaat" genauso „sozial" ist, wie die Unternehmer: nämlich gar nicht. Er kann auch gar nicht anders sein, ist er doch das Werkzeug der Ausbeuterklasse, der Bourgeoisie, zur Niederhaltung der ausgebeuteten Massen.

Ausländer besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen

Nach amtlichen Angaben ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik und in Westberlin von Ende Juni 1974 bis Ende Juni 1977 um 934.600 oder 4,5 Prozent gesunken. Wie die Bundesanstalt für Arbeit weiter mitteilte, wurden die ausländischen Arbeiter von diesem Rückgang weit stärker betroffen. Betrug er bei den deutschen Arbeitern und Angestellten 2,7 Prozent (492.000), so lag er bei den ausländischen Kollegen bei 19,0 Prozent (443.000)! Die ausländischen Kollegen sind also nach wie vor besonders stark den brutalen Krisenangriffen der Kapitalisten ausgesetzt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Ein Bonze, wie er im Buche steht

Liebe Genossen,

vor kurzem war unsere Lehrlingsgruppe geschlossen auf Bildungsurlaub bei einem DGB-Jugendlehrgang. Da in diesen Tagen der Druckerstreik lief (bzw. zu Ende ging), hatten unsere „Teamer" (so nennt man heutzutage Gruppenleiter) an einem Abend einen Drupa-Funktionär aus Braunschweig eingeladen, der über den Kampf berichten sollte.

Es erschien ein Bonze, wie er im Buche steht! In der Manier eines „harten Gewerkschafters" und mit radikalen Tönen schilderte er uns also den Kampf — der Funktionäre am grünen Tisch! Und wie sie gerungen haben! Und wie die Unternehmer sich gewehrt haben! Aber dann, nach einer 60stündigen Runde, wurden die Unternehmer in die Knie gezwungen! Die Gewerkschaft hat ihr Äußerstes gegeben und das Letzte rausgeholt, was nur rauszuholen war! Mehr ging wirklich nicht mehr! Man war allseits der Erschöpfung nahe! Höchst dramatisch!

Schade nur, daß dieser Eindruck im folgenden etwas verblaßte. Fragte doch ein Kollege, wieso er behaupte, in der Druckereibranche seien Fachkräfte gesucht, wo doch gerade dort 23.000 arbeitslos seien? Antwort: Zeitungsente! Wo das wohl stehe! Peinlich, peinlich! Es stammte aus der Drupa-Zeitung und war von den „Teamern" in einem Info zum Abend verteilt worden!

Warum gab es keinen Vollstreik? Antwort: ein großes Gejammer über die roten Zahlen, in denen die Drupa stecke (zig Millionen!). Und wo sind die Beiträge von 1952 bis 1973 (Zeit ohne Streiks) geblieben? Antwort: bei den letzten Streiks draufgegangen!! Ja, sogar mehr als diese Beiträge! Und wo bleibt das Geld in den Gewerkschaftsunternehmen? Antwort: Die gibt es gar nicht!!! Eine weit verbreitete Zeitungsente! Schon gar nicht gehöre die Neue Heimat dem DGB und den Einzelgewerkschaften!

Und so ging es weiter: Mahlein als Aufsichtsratsvorsitzender? Eine Zeitungsente! Streikabbruch bei Bauer in Hamburg? Zeitungsente! Abbruch des Überstundenboykotts bei Dietz in Köln? Zeitungsente und wieder Zeitungsente!

Meine Kollegen waren einhellig empört, und wir haben anschließend noch viele gute Diskussionen über die Gewerkschaften geführt! So konnte ich in unserer Arbeitsgruppe (Plenum) noch eine Aufstellung über Gewerkschaftsunternehmen vorlesen und die frechen Lügen des Drupa-Bonzen mit DGB-eigenen (!) Angaben entlarven. Da halfen auch keine Versuche der Teamer mehr, die Äußerungen des Funktionärs zu verdrehen und ganz anders gewesen sein zu lassen!

Vielen ist an diesem „Lehrstück" klarer geworden: Diese Gewerkschaften sind nicht unsere, kämpfen nicht auf unserer Seite! Sie verraten, sabotieren und wiegeln ab. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir es auch gegen den Gewerkschaftsapparat durchsetzen. Und so wird auch unsere jetzt gegründete Betriebsjugendgruppe mit schon klareren Vorstellungen darüber an die Arbeit gehen, wo die Feinde sitzen und wie wir kämpfen müssen, um etwas zu erreichen! Ein guter Ansatz für die RGO, über die sich jetzt schon einige informieren!

Ein Genosse aus Bremen

AEG-Kanis/Essen: Betriebsversammlung erzwungen

In den letzten Märztagen herrschte bei AEG-Kanis in Essen große Unruhe. Hatte man doch ohne Vorwarnung einfach zum 7.4.78 46 Entlassungen ausgesprochen (siehe auch RM Nr 13). Überall im Betrieb hörte man Fragen wie: Bin ich der nächste? Wieviel Entlassungen sind bei der nächsten Rate geplant (Massenentlassungen will man ja aus Image- und Kostengründen nicht.)? Kollegen, die eine Entlassung bekommen haben, verteilten vor dem Werkstor Flugblätter. In dem Flugblatt stand die Forderung, eine Betriebsversammlung zum 5.4. einzuberufen, da die Entlassenen dann noch an ihr teilnehmen können.

Durch eine Unterschriftensammlung vor dem Werkstor sollten Geschäftsleitung und Betriebsrat zur Einberufung einer Betriebsversammlung gezwungen werden. Die Belegschaft fand diese Forderung berechtigt und unterstützte sie mit ihren Unterschriften.

Im Betrieb hatten sich 25 Leute aus einer Abteilung dazu entschlossen, dem Betriebsrat einen Besuch zu machen. Auf dem Weg dorthin schlossen sich mehrere Kollegen an. Die Tür ging auf, und langsam füllte sich das Betriebsratsbüro. So viel Blaumänner hatte der Betriebsrat Schulz lange nicht auf einem Haufen gesehen. Dort wurde dann auch die Forderung nach einer Betriebsversammlung ausgesprochen. Nach ein paar Minuten Diskussion wurde Betriebsrat Schulz laut, behandelte die Kollegen wie dumme Jungs und wollte sie an ihren Arbeitsplatz zurückschicken. Die Kollegen bestanden aber auf dem Termin zum 5.4. und gaben ihm zu verstehen, daß er endlich die Karten auf den Tisch legen und sie nicht mit Worten abspeisen solle.

Am 29.3. wurde dann bekannt, daß am 4.4. eine Betriebsversammlung stattfinden sollte. Jeder wußte, das hatte die Belegschaft erreicht. Keiner von Geschäftsleitung und Betriebsrat wäre sonst bereit gewesen, in der mißlichen Lage eine Betriebsversammlung durchzuführen.

Als die Betriebsversammlung dann eröffnet wurde, meldete sich ein Kollege direkt zu Wort und forderte dazu auf, die Tagesordnungspunkte diesmal kurz zu behandeln, damit die Kollegen auch mal zu Wort kämen. Trotzdem redete die Geschäftsleitung fast eine Stunde im Kreis herum. Danach meldeten sich mehrere Kollegen mit konkreten Fragen an die Geschäftsleitung und den Betriebsrat: Die Kollegen warfen ihnen vor, im Januar leere Versprechungen gemacht zu haben, nun aber Kurzarbeit einzuführen und Kollegen zu entlassen. Unter großem Beifall entlarvten die Kollegen weiterhin den Betriebsrat als Handlanger der Geschäftsleitung bei den Entlassungen und der Kurzarbeit.

Gerade vor der Betriebsratswahl am 20.4. mußte ihnen so eine peinliche Sache passieren! In die Enge gedrängt, beschränkten sie sich auf Ablenkungsmanöver und versuchten, sich nicht noch mehr vor den Kollegen bloßzustellen.

Einem Arbeiter, der Geschäftsleitung und Betriebsrat konsequent die Meinung sagte, versuchte der Betriebsrat Persch zu unterstellen, daß seine Rede nicht von ihm stamme, worauf die Kollegen mit Pfiffen und Buhrufen die Antwort gaben. Noch nie hatten sich die Kollegen so zahlreich und so ausdauernd an einer Belegschaftsversammlung beteiligt. Dies ist seit langem die erste Betriebsversammlung bei AEG, wo die Kollegen ihre Belange auf den Tisch brachten.

Ein Kollege von Kanis

Interview mit zwei griechischen Betriebsratskandidaten

"... denn Einigkeit macht stark!"

Der „Rote Morgen" sprach kürzlich mit zwei griechischen Arbeitern, die schon lange in der Bundesrepublik arbeiten und in diesem Jahr auf Einheitslisten für die Betriebsratswahlen kandidieren. Beide sind 40 Jahre alt, verheiratet und haben Kinder. Ihre Familien leben hier in der Bundesrepublik. Beide arbeiten schon seit mehr als 15 Jahren hier in der Bundesrepublik. Stavos Ioannigis* arbeitet in einem Chemiebetrieb mit rund 3.500 Beschäftigten. Er ist bereits seit 14 Jahren in diesem Betrieb beschäftigt. Giorgos Gikas* arbeitet seit 16 Jahren in einem Metallbetrieb mit rund 500 Beschäftigten.

RM: Genosse Stavos, warum kandidierst Du für die Betriebsratswahlen?

Stavos: Die meisten Betriebsräte bei uns treten nicht für die Interessen der Kollegen ein, sondern für ihre Karriere. Sie wollen ihre Pöstchen sichern. Sie arbeiten mit den Kapitalisten zusammen und tun nichts gegen Akkorderhöhungen, Entlassungen und ungerechte Behandlung. Sie helfen praktisch dem Unternehmer, die Arbeiter zu spalten und zu unterdrücken. Zum Beispiel haben wir zur Zeit in unserer Abteilung eine Akkorderhöhung von 30 Prozent. Zusätzlich werden noch Arbeitsgänge eingeführt, für die es keine Vorgabezeit gibt. Das ist eine brutale Verschärfung der Ausbeutung. Wir haben den Betriebsrat aufgefordert, dagegen vorzugehen. Aber er sagte, dagegen könne man nichts machen.

Inzwischen ist bei uns das Arbeitstempo so scharf, daß ältere Kollegen kaum mehr mitkommen. Kollegen, die krank werden, müssen fürchten, entlassen zu werden. Ich selbst bin mit 40 Jahren einer der Ältesten in unserer Abteilung. Ein griechischer Kollege bekam durch die Arbeitsbedingungen Rheuma. Er wurde krankgeschrieben. Als er wieder zur Arbeit kam, wurde ihm gesagt: „Wir haben keine Arbeit für dich." Nur dadurch, daß ein anderer Kollege und ich uns für ihn einsetzten, bekam er dann eine etwas leichtere Arbeit.

RM: In der Regel werden die ausländischen Kollegen hierzulande besonders benachteiligt und noch stärker ausgebeutet...

Stavos: Das ist auch in unserem Betrieb so. Wir Ausländer sind nur in der Produktion beschäftigt und haben die härteste Arbeit. Auch werden wir schneller von Entlassungen betroffen. Wir ausländischen Arbeiter sind für die Bosse nur gut, solange wir höchste Leistungen bringen. Und wenn es vorkommt, daß du im Heimatland krank wirst, z. B. wegen der Klimaumstellung, bist du gleich von Entlassung bedroht. Wir ausländischen Arbeiter müssen oft in sehr schlechten und noch dazu unverschämt teuren Wohnungen wohnen, in Baracken oder abbruchreifen Häusern. Zum Teil gehören diese Wohnungen den Kapitalisten unserer Firma.

RM: Wie siehst Du Deine Aufgaben als Revolutionärer Betriebsrat, falls du gewählt wirst?

Stavos: Die brennendsten Aufgaben sind, gegen Akkorderhöhungen zu kämpfen und gegen Entlassungen und gegen die Betriebsunfälle, für eine Arbeitssicherheit. Wir müssen uns gegen die Rationalisierung wehren. Eine Krisensituation und Massenentlassungen haben wir zur Zeit noch nicht im Betrieb. Aber das kommt ganz bestimmt noch. Deshalb müssen wir vorbereitet sein. Außerdem werde ich mich natürlich insbesondere für eine gerechtere Behandlung der ausländischen Kollegen einsetzen. Und gegen die Spaltung zwischen ausländischen und deutschen Kollegen, wie sie von den Kapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen betrieben wird.

Ich sehe es als meine Aufgabe an, den gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter zu unterstützen. Ansonsten könnte man auch als Betriebsrat kaum etwas erreichen. Der DGB-Apparat nennt sich zwar Vertreter der Arbeiter. Aber er ist dagegen, daß wir Arbeiter kämpfen. Er ist in Wahrheit unser Feind. Deswegen finde ich es richtig, was unsere Partei sagt: daß wir die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition organisieren müssen. Ich bin sicher, daß wir auch in unserem Betrieb bald eine RGO haben werden. Denn immer mehr Kollegen sind der Meinung, daß wir konsequent gegen die Kapitalisten kämpfen müssen.

RM: Genosse, wirst Du eines Tages wieder in Deine griechische Heimat zurückkehren?

Stavos: Jetzt werde ich erstmal noch einige Jahre in Deutschland bleiben. Aber nach Griechenland möchte ich doch unbedingt wieder zurück. Und wenn es dann soweit ist, will ich in meiner Heimat genauso weiterkämpfen. Als Arbeiter muß man immer gegen die Ausbeutung kämpfen, überall wo man ist. Und als Kommunist weiß ich, daß wir für den Sozialismus kämpfen müssen, so wie Lenin es getan und gelehrt hat. Unser Kampf ist ein internationaler Kampf.

RM: Wie stehen Deine Chancen, in den Betriebsrat gewählt zu werden?

Stavos: Wir ausländischen Kollegen haben gefordert, daß wir eine eigene Betriebsversammlung für die Aufstellung unserer Betriebsratskandidaten machen können. Wir sagten: Wir wollen unsere Kandidaten selbst aufstellen. Die Gewerkschaftsbonzen waren jedoch dagegen. Aber wir konnten dann trotzdem durchsetzen, daß diese Versammlung stattfand. Es wurden fünf ausländische Kollegen als Kandidaten gewählt. Ich wurde von der Versammlung als erster Kandidat vorgeschlagen. Die Bonzen würden gerne verhindern, daß ich gewählt werde. Aber ich bin optimistisch.

★★★

RM: Genosse Giorgos, wie wir erfahren haben, warst Du in Deinem jetzigen Betrieb bereits in den Jahren 1972 bis 75 Betriebsrat.

Giorgos: Das ist richtig. Wir waren damals 110 griechische Arbeiter. Damals war ich Vertrauensmann. Nach mehreren Diskussionen kamen wir zu dem Schluß, daß auch griechische Kollegen im Betriebsrat vertreten sein müssen. Die Vertrauensleute bei uns haben diesen Wunsch begrüßt. So wurden dann drei griechische Kandidaten, die von ihren Kollegen vorgeschlagen waren, auf die Einheitsliste gesetzt. Zwei davon wurden gewählt, darunter auch ich. Ich erhielt knapp 200 Stimmen. Fast die Hälfte waren von deutschen Kollegen. Die vielen Stimmen von deutschen Kollegen kommen daher, daß auch viele deutsche Kollegen der Meinung waren, daß deutsche und ausländische Kollegen die Einheit brauchen, denn Einigkeit macht stark. Außerdem war ich damals dafür bekannt, daß ich mich im Betrieb und auf der Straße für den antifaschistischen Kampf gegen die damalige griechische Militärjunta eingesetzt habe.

RM: Welche Erfahrungen hast Du dann als Betriebsrat gemacht?

Giorgos: So gut ich es konnte, habe ich mich für die Interessen der Kollegen eingesetzt. Das war aber nicht so einfach. Meine Vorstellungen von Betriebsratsarbeit waren noch ziemlich unklar. Das Betriebsverfassungsgesetz verbietet, daß man sich konsequent auf die Seite der Arbeiter stellt. Bei uns wollten sich zwar die meisten Betriebsratsmitglieder ehrlich für die Kollegen einsetzen. Aber sie durchschauten nicht richtig die Rolle des BVG. Und außerdem ließen sie sich von dem reaktionären Betriebsratsvorsitzenden unter Druck setzen und beeinflussen. Damals standen z. B. 20 türkische Kollegen auf der Entlassungsliste. Aus „Arbeitsmangel", wie der Unternehmer sagte. Wir beiden Griechen und einige deutsche Betriebsratskollegen haben zusammen versucht, diese Entlassungen zu verhindern. Aber leider ist uns das nicht gelungen. Die Mehrheit des Betriebsrats fiel auf das Argument des Kapitalisten herein, die Entlassungen müßten sein, dadurch würden wenigsten die anderen Arbeitsplätze gesichert. Wir anderen haben trotzdem dagegen gestimmt. Aber wir haben uns nicht darauf konzentriert, die Kollegen im Betrieb zu mobilisieren. Wir meinten, diese Sache müßten wir hauptsächlich innerhalb des Betriebsrats auskämpfen. Heute, wo ich mehr Erfahrungen habe und mit der Partei kämpfe, würde mir dieser Fehler nicht mehr passieren.

RM: Aber trotz der Unklarheiten habt Ihr sicherlich auch einige Erfolge gehabt?

Giorgos: Kleinere Erfolge hatten wir schon. Zum Beispiel wurde damals im Betrieb eine faschistische Zeitung aus Griechenland regelmäßig an die Kollegen verteilt und zwar kostenlos. Das habe ich sofort auf die Betriebsratssitzung gebracht. Und immerhin mußte die Verteilung dieser Zeitung dann für längere Zeit eingestellt werden. Ein anderes Beispiel: Bei einer griechischen Kollegin wurde drei Wochen nach ihrer Einstellung bekannt, daß sie schwanger war. Das war ein Grund für die Bosse, diese Kollegin zu entlassen. Sofort habe ich die anderen Betriebsratsmitglieder und den Betriebsratsvorsitzenden informiert und dagegen protestiert. Dieser Protest wurde von verschiedenen Betriebsratsmitgliedern unterstützt und auch von der Belegschaft. Dadurch konnten wir diese Entlassung verhindern.

RM: Du kandidierst dieses Jahr nun erneut für die Betriebsratswahl?

Giorgos: Ja. Ich stehe bereits auf der Kandidatenliste. Ich wurde von drei Abteilungen vorgeschlagen, auch von vielen deutschen Kollegen. Die Kollegen, die mich vorgeschlagen haben, kennen noch meine Tätigkeit von damals als Betriebsrat. Diesmal glaube ich aber, daß wir mehr Erfolge bei der Durchsetzung der Interessen der Kollegen erkämpfen werden. Die Partei wird uns dabei unterstützen.

** Name von der Redaktion geändert*

Betriebsratswahl bei der Kemptener Maschinenfabrik (KMF)

Inzwischen hängt sie aus und hat die Unterstützung vieler Kollegen: die Liste der RGO zur Betriebsratswahl 1978. Drei Kollegen kandidieren auf ihr für den Betriebsrat, in den insgesamt neun Mitglieder gewählt werden. Sehr viele Kollegen waren begeistert darüber, daß nun bei KMF ein frischer Wind aufkommt und gewissen Herren gehörig Dampf gemacht wird. An einem einzigen Tag bekam die RGO-Liste 60 Unterschriften im Betrieb (51 sind notwendig). Und das, obwohl der Betriebsratsvorsitzende Weis bereits über 200 Unterschriften erschlichen und erpreßt hatte, bevor die Kollegen von der Existenz der RGO-Liste wußten. Unter den insgesamt 64 Kollegen, die für die RGO-Liste unterschrieben hatten, waren denn auch elf, die vorher bei Weis unterschrieben und ihre Unterschrift dort zurückgezogen hatten.

Die IGM-Bonzen verteilten sofort ein Hetzflugblatt, in dem die RGO-Kandidaten, besonders der Listenführer, als „politische Radikalinskis" usw. beschimpft wurden. Es endete mit der Aufforderung: „Keine Stimme für radikale Separatisten!" Der Erfolg: Die Stimmung schlug noch mehr zugunsten der RGO-Liste um. Ein Kollege: „Das schadet gar nichts, wenn da ein paar Radikale in den Betriebsrat kämen." Betriebsratsvorsitzender Weis, der mit einem Pulk von Meistern und einigen treu Ergebenen durch die Hallen schlich, hörte häufig Sätze wie: „Mensch, so aktiv haben wir dich ja noch nie gesehen." Oder: „Du hast wohl Angst um deinen Posten." Dann griff die Geschäftsleitung selber ein. Ein Kollege, der die Liste aktiv unterstützte, wurde ohne Angabe von Gründen mit Zustimmung des Betriebsrats gekündigt. Die Empörung der Kollegen war groß. Dem Betriebsrat wurde die Bude eingerannt. Auch bei denen, die bisher noch zu ihm gehalten hatten, bröckelte sein Ansehen mehr und mehr ab. Ein Flugblatt, das dazu verteilt wurde, hefteten Kollegen an Scheiben, andere wollten es gleich an das Schwarze Brett anschlagen.

Am Donnerstag vor Ostern bekam dann der Kollege Otto, Listenführer der RGO-Liste, die fristlose Kündigung mit sofortigem Hausverbot. Er sollte sofort zur Werksleitung und dann still und heimlich ohne Aufsehen verschwinden. Doch die hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht. „Das gibt es doch gar nicht. Du mußt auf jeden Fall dableiben", war die einhellige Meinung der Kollegen. Als sie dann noch erfuhren, daß die Werksleitung Otto mit Polizei abholen lassen wollte, war es ganz aus. Aus den verschiedendsten Abteilungen kamen Kollegen zu ihm, um ihm zu berichten, daß auch in ihren Abteilungen für den Fall eines Polizeieinsatzes etliche bereitstanden, daß sie auf gar keinen Fall zulassen wollten, daß er mit Polizei abgeführt werde.

Der Erfolg dieser Solidarität: Otto blieb bis zum Schichtende im Betrieb. Obwohl Betriebsleiter und Meister wie wild in der Halle herumsausten, um die Arbeiter einzuschüchtern, wurde praktisch den ganzen Nachmittag kaum gearbeitet. Ständig bildeten sich Trauben, es wurde diskutiert und fast alle äußerten einhellig ihre Unterstützung für die Liste. Die Reaktion des Betriebsratsvorsitzenden Weis: Er fuhr noch am selben Tag in Urlaub! Die Wut der Kollegen über das ganze Vorgehen des Betriebsrats bekam nun sein Stellvertreter zu spüren. Als dieser gar noch versuchte, die Zustimmung zur Entlassung zu rechtfertigen, hätte nicht viel gefehlt und Kollegen hätten ihn tätlich angegriffen, so daß er es vorzog, die Flucht zu ergreifen.

Das war der Auftakt zum Kampf für die Zurücknahme der Kündigung gegen Otto. Wie groß dabei die Unterstützung der Kollegen ist, zeigte sich gleich. Noch am Ostersamstag rief ein Kollege bei Otto an, um mit ihm ein Flugblatt, daß sie unabhängig von irgendeiner Gruppe als Arbeiter bei KMF gegen die Kündigung herausbringen wollten, zu besprechen. In einem Flugblatt der RGO-Kandidaten, das dann verteilt wurde, hieß es: „Wir haben in den letzten Tagen erkannt, wenn wir uns an die Losung ‚Einer für alle, alle für einen' halten, wird es den Herren nicht gelingen, uns Angst einzujagen und uns zu spalten." Das ist auch die Meinung vieler Kollegen.

RGO-Liste bei Siemens/Witten

Vier Arbeiterinnen, darunter eine ausländische Kollegin, kandidieren auf der Liste RGO bei Siemens in Witten. Sie kandidieren gegen die alte Betriebsratsclique um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Rein. Die fürchten wegen ihrer arbeiterfeindlichen und reaktionären Politik die RGO-Liste und haben mit verschiedenen Methoden und Angriffen versucht, diese Liste zu verhindern und sich ihre Posten weiter zu sichern.

So hat der IGM-Vertrauensleutekörper den Erzreaktionär Rein nicht wieder auf die IGM-Liste gesetzt, damit diese nicht „unrein" wird. Rein selbst kandidiert unter anderen auf seiner eigenen Liste an vorderer Stelle und hofft so, wieder in den Betriebsrat zu kommen. In einer Werkzeugbauabteilung machten Kollegen auch eine eigene Liste.

Der IGM-Apparat versucht aber nicht nur mit einer etwas gereinigten Liste seine Posten zu erhalten, vor allem wurde die RGO-Liste massiv angegriffen, sie sollte verhindert werden. Natürlich nicht die Liste der IGM-Mitglieder Rein & Co.

In trauter Eintracht mit der Mehrheit des alten Betriebsrates ging der IGM-Apparat gegen die Liste RGO vor: Gewerkschaftsmitglieder erhielten einen Brief, der jedem, der unterschreibt, mit Gewerkschaftsausschluß drohte und die RGO diffamierte. Auch Mitgliedern des Betriebsrates drohten den Unterzeichnern mit Gewerkschaftsausschluß, bei ausländischen Kolleginnen gingen sie sogar direkt mit Entlassungsdrohungen vor. Eine Kandidatin wurde auch massiv unter Druck gesetzt, und sie verbreiteten, die ganze Liste käme nur unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zustande.

Aber es half alles nichts. Letzte Woche war klar: Die RGO-Liste steht.

Die Kandidatinnen — unter ihnen Anette Schnoor, die schon im alten Betriebsrat als revolutionäre Betriebsrätin die Interessen der Kolleginnen vertrat– fordern für ihren Betrieb u. a.:

„Keine Kürzung der Vorgabezeiten für die Akkordarbeiten! Mehr Erholpausen! Schluß mit den Umsetzungen im Betrieb! Ein volles 13. Gehalt! Abschaffung der Leichtlohngruppen!" Sie wollen mit den Kolleginnen kämpfen für einen Betriebskindergarten, für eine Klimaanlage, für Freistellung von der Arbeit bei Erkrankung eines Kindes. Und sie fordern: Schluß mit Verwarnungen und Entlassungen wegen Krankheit.

Für ihre Betriebsratstätigkeit versprechen die Kandidaten der RGO, unter anderem, daß sie die Geheimdiplomatie des Betriebsrats nicht mitmachen, daß sie gegen die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten sind. Sie werden sich auf keinen Bestechungsversuch der Siemens-Kapitalisten einlassen, keiner Entlassung zustimmen und wollen die Arbeiter immer voll über die Vorgänge im Betriebsrat informieren.

Darum ist gegen die reaktionäre und arbeiterfeindliche Politik des IGM-Apparats für die Arbeiterinnen bei Siemens die Alternative: Liste 2 RGO!

Kurz berichtet

Liste „Kontra" bei Schering/Westberlin

Bei Schering in Westberlin gibt es in diesem Jahr eine Alternative zu den Listen der IG Chemie und der DAG — die Liste „Kontra" mit vier Kandidaten bei den Angestellten und einem Kandidaten bei den Arbeitern. Je 100 Unterschriften waren für beide Listen notwendig. ca. 125 kamen zusammen. Der Gewerkschaftsapparat hatte versucht, die Listen „Kontra" durch massives Unterschriftensammeln für die Gewerkschaftslisten zu Fall zu bringen. Denn jeder Kollege darf ja nur auf einer Liste unterschreiben. Aber dieser Plan scheiterte. Die Kollegen unterstützten die Kandidaten der Listen „Kontra", nannten ihnen Kollegen, die noch nicht auf den Gewerkschaftslisten unterschrieben hatten usw. Einige, die bereits für die IG-Chemie-Listen unterschrieben hatten, zogen ihre Unterschrift dort zurück und unterschrieben bei der Liste „Kontra".

Auch die Betriebsversammlung in der letzten Woche wurde zu einem Erfolg für die oppositionelle Liste. Versuche von Gewerkschaftsbonzen und reaktionären Betriebsräten, die Listen „Kontra" bei den Kollegen madig zu machen, indem man sie als „kommunistisch" bezeichnete, „enthüllte", daß einer der Kandidaten bei den Wahlen in Westberlin für die GRF kandidiert hatte und schließlich aufrief, „anständige" Kollegen in den Betriebsrat zu wählen, rief bei vielen Kollegen Empörung hervor. Auch einige Kandidaten der Gewerkschaftslisten waren über solche „Wahlkampfmethoden" schockiert. Die Kandidaten der Listen „Kontra" bekamen dagegen relativ viel Beifall für ihre Redebeiträge. Darunter auch eine Kandidatin, die über ein gegen sie laufendes Ausschlußverfahren aus der IG Chemie berichtete.

Solex — Erfolg für kommunistische Kollegen

Kurz nachdem er sich als Kandidat für die Einheitsliste zu den Betriebsratswahlen gemeldet hatte, war Werner Adomatis von den Solex-Kapitalisten entlassen worden. Arbeitsmangel hieß es als Begründung für seine und die Entlassung weiterer Kollegen. Dann strich ihn auch der Wahlvorstand als Kandidat auf der Einheitsliste. Begründung: Werner sei zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Dieses Urteil hatte ein Gericht ausgesprochen, weil Werner an einer Aktion gegen das faschistische Schahregime teilgenommen hatte!

Jetzt mußten sowohl die Solex-Kapitalisten als auch der Wahlvorstand zurückstecken! Werner gewann seinen Arbeitsgerichtsprozeß gegen Solex. Der Wahlvorstand setzte Werner sofort wieder auf die Liste, als er die Ladung zu einer Arbeitsgerichtsverhandlung in dieser Sache erhielt. Außerdem konnte Werner durchsetzen, daß die Wahl um drei Tage verschoben werden mußte, damit er sich trotz Kündigung — die Solex-Kapitalisten verweigern Werner weiterhin die Weiterbeschäftigung — fünf Tage lang für anderthalb Stunden in der Kantine seiner Arbeitsstelle aufhalten kann.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Schwerer Unfall am Schuppen 18 soll totgeschwiegen werden

Neun Stauer vergiftet

Frühschicht am Mittwoch vor Ostern: In Luke eins des belgischen Dampfers „Aubrac" löschen Kollegen vom HBV und von Uniport Pappfässer. Die Luke ist dreckig, noch von alter Ladung. Bei jedem Faß, das die Arbeiter anpacken, wird vom Boden bläulicher und schwarzer Staub hochgewirbelt. Es stinkt erbärmlich. Um 9 Uhr geht der erste Kollege nach oben. Draußen stellt man fest: Seine Zunge ist ganz blau. Jetzt werden auch die anderen fünf nach oben geholt. Allen ist schwindelig, einige müssen sofort kotzen, alle haben Atembeschwerden, die Zungen sind wie verbrannt, ohne Geschmack, die Lippen, die Zungen und schließlich auch Nasen und Augenlider verfärben sich blau. Zwei weitere Kollegen, die nur eine halbe Stunde in der Luke gewesen waren, haben dieselben Symptome. Darauf geht der Dampfervormann rein in die Luke, um zu sehen, was da los ist, aber auch ihm wird sofort schlecht, und die Zunge ist blau. Alle neun fahren sofort ins Krankenhaus. Und nun beginnt der zweite Teil der Schweinerei:



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die bremischen Häfen

Die Ursache wird systematisch vertuscht

Die Ärzte können nichts feststellen

Die Kollegen werden nicht etwa in die Giftzentrale im Zentralkrankenhaus gebracht, sondern in die Diakonissenanstalt, wo die Ärzte von Giftunfällen keine Ahnung haben. Die Kollegen laufen noch bis zum Abend in ihren giftigen Klamotten herum. Das Ergebnis stundenlanger Untersuchungen ist gleich Null. Behandelt werden sie nicht, nur eine Woche krankgeschrieben.

Der Chemiker kann nichts feststellen

Nun ja, er wurde von der Reederei bestellt.

Polizei und Feuerwehr tappen im dunkeln

Einmütig kommen alle sogenannten Fachleute zu demselben Ergebnis: Ein Rätsel, die geladenen Chemikalien sind nicht die Ursache. „Die haben aus einem Glas getrunken", ist der zynische Kommentar der Kapitalisten. Sie reiben sich die Hände, denn am Abend ist das Schiff weg und der Profit in der Tasche.

Acht Tage später immer noch krank

Eine Woche nach dem Unfall sind die Kollegen zum Unfallarzt bestellt. Alle leiden unter einem Druck unterm Brustbein, fast allen ist noch immer schwindelig, viele haben Brechreiz und Pickel im Gesicht. Als der Unfallarzt sie endlich empfängt, heißt es: „Ich kann euch gar nicht gebrauchen. Ich habe keine Unterlagen. Ich weiß nicht, was los ist." Er schickt sie wieder zur Diakonissenanstalt. Dort heißt es: „Was wollt ihr denn wieder hier?" Ein Arzt ist überhaupt nicht da. Ein Pfleger schickt sie alle wieder zurück zum Unfallarzt und gibt ihnen einen Brief mit. Dort angekommen wird der Unfallarzt wütend: „Ihr solltet dort doch untersucht werden, was überhaupt los ist." Er weiß sich keinen Rat, gibt ihnen die Briefe mit dem „Befund" des Krankenhauses und schickt sie zum Hausarzt, der soll sie nochmal acht Tage krankschreiben...

So ist die augenblickliche Lage der Kollegen: Mit fragwürdigen „Befunden" werden sie von einer Instanz zur anderen geschickt. Niemand will sich an der Sache die Finger verbrennen, damit nachher keiner Schuld gehabt hat und, auf deutsch gesagt, keiner zu zahlen braucht.

Schluß mit dem heimtückischen Ruin auf Raten!

Kollege, wenn du dich heute auf den Heber setzt oder in die Luke steigst — weißt du genau, daß es nicht ein Himmelfahrtskommando wird?...

Deshalb Kollegen, schließen wir uns zusammen gegen die mörderische Profitsucht der Hafenkapitalisten. Helfen wir uns selbst, erkämpfen wir uns:

- **die restlose Aufklärung des Giftunfalls der neun Stauer;**
- **die restlose Aufklärung des Giftunfalls des Kollegen Behrmann und die Entschädigung für ihn;**
- **die korrekte chemische Deklarierung aller chemischen Güter, die durch den Hafen laufen;**
- **ein Giftbuch in die Hand jedes Kollegen;**
- **eine Giftunfallstation direkt im Hafen!**

* * *

Liebe Genossen, schrieb uns eine Woche nach Erscheinen von „De Anstorm" ein Bremer Genosse,

inzwischen ist noch immer nicht geklärt, um was für ein Gift es sich dabei gehandelt hat. Dies wird aus den bekannten Gründen verschwiegen...

Zu den gesundheitlichen Schäden der Kollegen ist zu sagen, daß drei Kollegen noch einmal zu Untersuchungen ins Krankenhaus mußten.

Ein Kollege, der ständig Medikamente wegen eines Anfall-Leidens nehmen muß, hat einen massiven Ausschlag am gesamten Kopf bekommen, mit Schuppenbildung. Er leidet seitdem zunehmend unter innerer Unruhe mit Zittrigkeit der Gliedmaßen. Außerdem hat er Sehstörungen. Sein Hausarzt wollte ihn nicht einmal mehr die Zeit über krankschreiben, die vom Unfallarzt empfohlen worden war. Sein Kommentar: „Stell dich nicht so an — so schlimm wird es schon nicht sein." Erst als der Kollege darauf bestand, bekam er den „gelben Schein". Es wurden bei diesem Kollegen keine weiteren Untersuchungen vorgenommen — geschweige, daß er in ein Krankenhaus zur Beobachtung geschickt wurde...

Bei fast allen Kollegen traten und treten übrigens Sehstörungen auf. Außerdem haben auch mehrere Kollegen Hautveränderungen und andere Beschwerden wie Druckgefühl im Magen-Darm-Bereich und der Herzgegend. Das hätte stationär beobachtet werden müssen!

Die Empörung der Kollegen war sehr groß über die Leichtfertigkeit der Hafenkapitalisten und Ärzte, mit der sie an die „Gesundheit der Kollegen" dachten. Das Schiff durfte den Hafen verlassen, weil die Kollegen dieses Mal noch nicht rechtzeitig Strafanzeige gegen die Hafenkapitalisten gestellt hatten. Das nächste Mal werden sie besser aufpassen!

Falls es jetzt zu dauernden Gesundheitsschäden kommt — evtl. mit Frühinvalidität — haben die Kollegen keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Rente.

Die Kollegen dagen auch mit Recht, daß die Hafenhaie absichtlich verschweigen, um was für ein Gift es sich gehandelt hat: „Das muß ja ein verdammt gefährliches Zeug gewesen sein, wenn die solch ein Geheimnis daraus machen."

Übrigens haben die Hafenkapitalisten inzwischen Maßnahmen ergriffen: Ab 1.4. soll ein Kollege einer Arbeitsgruppe verantwortlich für die Einhaltung der Schutzmaßnahmen, wie Tragen von Helmen und Arbeitsschuhen, — sein. Aber was von den Stauern entladen werden muß, das hat sie nicht zu interessieren. Dies ist ein unverschämtes Abschieben der Verantwortung der Hafenhaie auf einen Kollegen, denn wir wissen ja, was mit diesem Kollegen passiert, wenn ein Unfall passieren sollte — er wird zur Verantwortung gezogen und muß vielleicht sogar noch Entschädigung oder Rente für den verunglückten Kollegen zahlen, ganz abgesehen davon, daß er willkürlich entlassen werden kann — eine schöne Schutzmaßnahme zum Verhüten von Unfällen allgemein!!!

Rot Front!
Ein Genosse aus Bremen

Bürgerschaftswahlen Hamburg

Bossen und Bonzen einen Schuß vor den Bug!

Das ist die Parole, mit der unsere Partei in die Bürgerschaftswahlen in Hamburg eingreift. Wie schon 1974 wird die KPD/ML sich mit eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligen. Die Vorbereitungen sind bereits angelaufen. 500 Unterschriften verlangt das bürgerliche Wahlgesetz als Voraussetzung für die Wahlbeteiligung. 700 haben unsere Genossen bereits jetzt in den Wohnvierteln bei den Werktätigen gesammelt. Vorallem da, wo die Partei den Werktätigen bereits seit Jahren bekannt ist, verlief die Unterschriftensammlung erfolgreich. So sammelte ein Genosse in Eimsbüttel innerhalb einer Stunde 23 Unterschriften.

Aber das Unterschriftensammeln ist natürlich nur der erste Schritt. Danach fängt die Arbeit erst richtig an. Die Hamburger Genossen haben sich vorgenommen, die Bürgerschaftswahl auszunutzen, um die Partei breit bekanntzumachen: als eine Partei, die konsequent für die Interessen der Werktätigen kämpft. Dazu dient unter anderem ein Kampfprogramm, das die Probleme aufgreift, die den Hamburgern unter den Nägeln brennen. Als eine revolutionäre Partei, die den Arbeitern und allen anderen Werktätigen klipp und klar sagt: Wahlen ändern nichts. Was wir erreichen wollen, müssen wir uns erkämpfen. Um unsere Lage grundsätzlich zu ändern, müssen wir diesen kapitalistischen Staat stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Nur ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland sichert Arbeit für jeden, wirtschaftliche Sicherheit, Freiheit und Demokratie für das Volk!

Das erste Flugblatt zur Wahl erschien bereits. Wir machen es im folgenden auch den Lesern des „Roten Morgen" außerhalb Hamburgs bekannt.

Allns Schiete seggt Fiete!

DIE "STAATSVERDROSSENHEIT" GREIFT UM SICH!

Allns Schiete, seggt Fiete

Und nicht nur Fiete sagt das, das sagen mehr und mehr Menschen in unserer sogenannten „Freien und Hansestadt Hamburg", ausgenommen die Pfeffersäcke im Rathaus und ihre beamteten Lakaien in Büro- und Filzokratie. Es sagen:

- die Arbeiter und Angestellten, die erleben müssen, wie durch die Steuergeschenke der Regierung die Unternehmer ermuntert werden, neue arbeitskräftesparende Techniken einzuführen, weiterhin kräftig zu rationalisieren, so daß in den kommenden Jahren mit einem weiteren — Anfang der achtziger Jahre rapiden — Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist;
- die Rentnerinnen und Rentner, die nach einem arbeits- und opferreichen Leben die Hoffnung auf einen sorgenfreien Lebensabend dahinschwinden sehen; die nicht wissen — obwohl sie ihr Leben lang Rentenbeiträge gezahlt haben — ob ihre Rente morgen noch reicht;
- die Eltern, die erleben müssen, wie ihre Kinder an den Schulen in überfüllten Klassenräumen einem erbarmungslosen Konkurrenz- und Leistungsdruck ausgesetzt sind, konfrontiert mit Lehrexperimenten, die dazu führen, daß sie nach Grundschulabschluß oftmals nicht die einfachsten Rechenaufgaben lösen können, geschweige denn, daß sie wüßten, wer August Bebel, Karl Liebknecht oder Ernst Thälmann sind;
- die Bürger, die empört sind über die miserable ärztliche und medizinische Betreuung, die wachsende Umweltverseuchung; die Mütter und Väter, die darum bangen, ob sie ihre Kinder — infolge fehlender Spielstraßen und -plätze — des abends gesund wiedersehen;
- die Tausende von Jugendlichen, die alle Hoffnung verlieren, jemals den von ihnen angestrebten Beruf zu erlernen, die vielen, die dazu verdammt sind, nach Schulabschluß keine, nicht einmal Hilfsarbeit zu finden.

Was ist das für ein „Wohlfahrtsstaat", der seinen Kindern und Jugendlichen zum großen Teil nur eine Zukunft zu bieten hat, die irgendwo zwischen monotoner Akkordarbeit und dem Sumpf des Rauschgiftes, Alkohols oder Kriminalität liegt?

Die „Staatsverdrossenheit" greift um sich!

... zetern die Bonner Parteien, die Bundesregierung, die bürgerliche Presse. „Verdrossenheit" auf diesen Staat der Geldsäcke ist da wohl noch ein sehr mildes Wort. Was wächst, ist die Wut über die ständig steigenden Steuern, die schwindelerregenden Beiträge, die einem das Finanzamt vom Gehalt, vom Lohn wegfrißt. Was wächst ist die Kampfbereitschaft der Arbeiter, wie z. B. der Hafenarbeiter, der Drucker, die sich trotz Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbonzen nicht vom Kampf gegen die Bosse abhalten ließen. Was wächst, ist die Erkenntnis aller, daß auch Wahlen an unserer Lage nichts ändern.

Wahlen ändern nichts!

Was wir auch wählen, wohin wir auf dem Stimmzettel unser Kreuzchen setzen, ob bei den Regierungsparteien oder der Opposition, der NPD oder der DKP — stets wählen wir eine Partei oder auch Agentur der Kapitalisten, der Flick, Thyssen, Krupp, Oetker, Springer und Co. Stets versprechen sie uns zu den Wahlen das Blaue vom Himmel herunter. Kaum aber sind ihnen ihre Abgeordnetensessel sicher, sind alle Versprechungen vergessen.

Was wir auch wählen, schwarz = CDU, gelb = SPD, blau = FDP, braun = NPD, rosa = DKP oder auch das Kunterbunt der „Wehrt Euch"-Liste, „die da oben machen ja doch, was sie wollen!" Ob nun die CDU/CSU oder die SPD/FDP die Regierung stellt, an der Krise ändert das nichts. Krisen, Kriege, steigende Preise, Arbeitslosenheere gehören zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Die Bosse interessiert nur eines: ihr Profit! Dafür gehen sie über Leichen.

Die Hauptaufgabe ihrer Lakaien in Parlament und Regierung, in Bürgerschaft und Senat aber ist es, ihnen diese Profite zu sichern. Dafür finanzieren sie schließlich ihren Wahlkampf, bestechen sie mit Beraterverträgen. Die eigentliche Politik aber, wird weder in der Bonner Schwatzbude noch im Hamburger Rathaus gemacht, sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktionsetagen der großen Banken. Wahlen ändern überhaupt nichts! Das einzige, wozu wir euch zur Bürgerschaftswahl am 4. Juni auffordern können und auffordern, ist:

Den Bossen und Bonzen einen Schuß vor den Bug!

Deshalb zur Wahl nicht braun, schwarz, gelb, rosa, grün, blau oder bunt, sondern, wenn schon eine Farbe, dann rot, knallrot! Die Partei, die euch als einzige keine leeren Versprechungen macht, die sagt: Was wir erreichen wollen, das müssen wir uns schon erkämpfen! Geschenkt wird uns nichts! Es gibt nur eine Kraft, vor der die Bosse und Bonzen zittern: die Arbeiterklasse, ohne die keine Zeitung erscheint, im Hafen sich keine Kiste bewegt, in den Fabriken kein Rad sich dreht. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre kommunistische Partei. Darum wählt:

KPD/ML
Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Jahresendprämie

Druckmittel der neuen Kapitalisten

In den sogenannten Volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR wird neben dem Lohn eine „Jahresendprämie" gezahlt, die mindestens ein Drittel eines Monatslohns, höchstens aber 900 Mark beträgt. Ihre Höhe richtet sich danach, inwieweit die staatlichen Planziffern des Betriebes erfüllt worden sind. Was es mit dieser Jahresendprämie auf sich hat, kann man dem folgenden Artikel entnehmen, den wir aus der Ausgabe der Sektion DDR unseres Zentralorgans entnehmen.

Wieder einmal war es soweit, daß in allen Betrieben die Diskussionen um die Jahresendprämien (JEP) geführt wurden. Die Bonzen und Direktoren wollen uns weismachen, daß sie uns mit der JEP eine Extragabe auf den Tisch packen. Zuerst mal: Von einem Geschenk kann überhaupt nicht die Rede sein. Denn alles, was der Staat uns gibt, haben wir Werktätigen hart erarbeitet. Und zweitens: Die JEP ist nichts, was über das Lebensnotwendige hinausgeht, sondern ein vorenthaltener Teil unseres Lohnes. Ein Teil von dem, was wir Werktätigen mit unseren Familien zum Leben unbedingt brauchen.

In der heutigen DDR werden wir, wie die Arbeiter in jedem kapitalistischen Staat, z. B. in Westdeutschland, ausgebeutet. Und keine Phrasen vom „Sozialismus" können uns darüber hinwegtäuschen, daß wir von den neuen Kapitalisten nicht mehr erhalten, als wir zur Wiederherstellung unserer Arbeitskraft brauchen, ob das nun Leistungslohn, Prämie oder sonstwie heißt.

Weshalb haben die Bonzen die JEP wie das ganze komplizierte Lohn-, Gehalts- und Prämiensystem überhaupt eingeführt?

- Wir sollen dadurch zu noch höheren Arbeitsleistungen angetrieben werden (vor allem am Jahresende) z. B. zu Überstunden, Sonderschichten, Erfüllung der steigenden Pläne, Qualität, Materialeinsparung. Man erzählt uns: Je mehr und besser du arbeitest, Kollege, desto größer wird auch deine JEP sein. Aber was ist die Wirklichkeit: Von Jahr zu Jahr arbeiten wir mehr — Lohn und JEP bleiben gleich niedrig. In manchen Betrieben ist die JEP sogar gesunken.

Wenn es nach den Bonzen ginge, so sollten wir sogar krank zur Arbeit gehen. So gibt es Regelungen, wonach die JEP davon abhängt, wie lange ein Kollege krank war. Also verlieren wir bei Krankheit nicht nur einen Teil des Lohnes, sondern auch die JEP wird uns gekürzt. Wir werden doppelt bestraft.

- Die Bonzen wissen ganz genau, daß wir von ihrer sogenannten gesellschaftlichen Arbeit — Pflichtdemonstrationen, Spendenrummel, „Subbotniks", Kampfgruppe usw. — nichts wissen wollen. Durch Druck auf die JEP versuchen sie, uns vor ihren politischen Karren zu zwingen. Daß sie die JEP als Mittel zur Unterdrückung einsetzen, sieht man z. B. auch daran, daß sie bei „Nichterfüllung staatsbürgerlicher Pflichten" gestrichen werden kann. Auf gut deutsch: Wenn du aufmuckst, bekommst du nichts.
- Um einen einigermaßen erträglichen Arbeitsplatz zu finden, muß der Arbeiter lange suchen. Der Wechsel der Arbeitsstelle paßt den Bonzen nicht in ihren Kram. Deshalb setzen sie die JEP auch als Druckmittel ein, um die Arbeitskräftewanderung einzudämmen.
- Während die neuen Herren die Mark einstreichen, sollen wir uns um die Pfennige raufen. Man will uns Arbeiter spalten und gegeneinander aufhetzen.
- Mit Hilfe der JEP können die Manager ihre sowieso schon hohen Ausbeutereinkommen aufbessern. Denn wie läuft die Verteilung der JEP denn ab?

Das Geld wird von oben nach unten verteilt. Jeder Chef bringt erst mal sein Schäfchen ins Trockene und legt die weitere Verteilung nach unten fest. Das heißt, wir Arbeiter wissen nicht mal, wieviel Geld da ist und wie es verteilt wird. Und davon, daß wir mitentscheiden, kann schon gar keine Rede sein.

Hier zeigt sich doch wieder: Wer im Betrieb bestimmt und wem die Früchte unserer Arbeit zugutekommen, das sind nicht wir, sondern die Chefs, die neuen Kapitalisten. Die angeblich volkseigenen Betriebe sind in Wirklichkeit kapitalistische Ausbeuterunternehmen. Deshalb: Lassen wir uns bei der JEP-Diskussion nicht für dumm verkaufen!

Lesen und weitergeben!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe der Sektion DDR April 1978 Solidaritätspreis 30 Pfg.

Zwei Jahre Sektion DDR der KPD/ML

Jahresendprämie

Druckmittel der neuen Kapitalisten

Erneute drastische Teuerungswelle in der Sowjetunion

- Fordern wir die Offenlegung der Betriebsbilanzen!
- Öffentliche Verteilung der JEP **aller** Betriebsangehörigen!
- Reales Mitspracherecht bei der Prämienverteilung!

Stellen wir die Bonzen zur Rede! Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen!

Nieder mit den neuen Ausbeutern!

Die SED stärkt den Privatsektor!

Im Februar 1976 faßte die SED neue Beschlüsse zur Förderung der privaten Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe. Als Folge davon wurde allein zwischen Januar und Oktober 1977 von den DDR-Behörden 5.600 privaten Handwerksbetrieben die Gewerbegenehmigung erteilt. Es wird geschätzt, daß 85 Prozent aller Reparaturen und 60 Prozent aller Dienstleistungen durch private Handwerksbetriebe erledigt werden.

Wer hat den Nutzen von dieser Politik? Zunächst natürlich die privaten Handwerksmeister selber. Westlichen Berichten zufolge darf ein privater Handwerksmeister zehn Mitarbeiter beschäftigen. Zusätzlich darf er noch drei Lehrlinge „ausbilden", d. h. für sich arbeiten lassen. „Meine Werkstatt hat im zurückliegenden Jahrzehnt die Leistungen mehr als verdoppelt", so W. Marx, Rundfunkmechanikermeister aus Wernigerode an SED-Zentralorgan „Neues Deutschland". Wohlgemerkt, nicht er selber, W. Marx, verdoppelte seine Leistungen, sondern „meine Werkstatt"! „Neues Deutschland" hält das für einen Beweis der Nützlichkeit und Effektivität der Handwerksbetriebe in der DDR. Die Wahrheit ist jedoch, daß viele private Handwerksmeister heute durch die Ausbeutung der dort beschäftigten Werktätigen Millionäre geworden sind und selber kaum noch arbeiten. Das Statussymbol solcher privaten Handwerksmeister ist heute in der DDR das luxuriös eingerichtete Eigenheim, Ferienhaus und Auto bis hin zu einer Stadtverordnetenstelle im Rat. Am besten als SED-Mitglied, versteht sich. Denn hier bekommt der Handwerksmeister seine guten Aufträge, die Geld bedeuten. Kooperationsverträge mit staatlichen Betrieben kommen hier zustande, wie auch Aufträge für den Bau von Eigenheimen und Ferienhäusern der befreundeten Stadtoberhäupter und anderer „angesehener Bürger" der Stadt. „Sozialistische Beziehungen" sind ein wesentliches Element der korrupten DDR-Gesellschaft, und die Handwerksmeister verstehen dies für sich zu nutzen. Darüber hinaus arbeiten viele private Handwerksmeister nur für Westgeld und somit für Leute, die eben Westgeld haben.

Die vom SED-Propaganda-Apparat verbreitete Begründung für die Förderung der privaten Betriebe, die Versorgung der Bevölkerung werde so entscheidend verbessert, ist nichts als ein Märchen. Die privaten Handwerksbetriebe sehen allein darauf, wo sie ihre besten, d. h. mit dem meisten Geld verbundenen Aufträge herbekommen und gehen nicht etwa danach: Wo ist die Bevölkerung am schlechtesten mit Dienstleistungen versorgt? Wie kann man dort am billigsten und schnellsten Wohnungen, Radios und Fernsehreparaturen organisieren und verrichten? Und wenn dann endlich in einem Arbeiterwohnbezirk neue Dienstleistungsbetriebe eröffnet werden, muß der Arbeiter zehnmal überlegen, ob er das Geld für die Modernisierung seiner Wohnung zusammen hat. Oft passiert es, daß vom Staat gebaute neue Wohnungen beim Einzug viele Mängel aufweisen, was dann der Arbeiter reparieren lassen muß, für teures Geld, natürlich. Zunehmend arbeiten hier staatliche Betriebe und private Handwerksmeister kooperativ zusammen. Die schlechte Arbeit des einen bringt neue Aufträge und Geld für den anderen. Die Zeche muß für beides der Arbeiter zahlen.

So sieht es mit der „besseren Versorgung der Bevölkerung" aus. Die verstärkte Förderung des privaten Sektors — das beweisen die Tatsachen — ist Bestandteil der revisionistisch-kapitalistischen Wirtschaftspolitik der SED-Bonzen!

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

Berufungsprozeß gegen den "Roten Morgen" - 12 Ausgaben angeklagt

Freiheit für die kommunistische Presse!

Die Presse ist frei. Eine Zensur findet nicht statt. So steht es im Grundgesetz. Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Zum Beispiel so: Vor drei Jahren hieß es in einem Artikel des „Roten Morgen" zu den gerade laufenden Tarifverhandlungen: „Der Gang der Verhandlungen zeigt klar, daß die Kapitalisten und der Staatsapparat gemeinsam mit den Bonzen des Gewerkschaftsapparates mit allen Mitteln der Demagogie, des Betrugs, der Drohungen und Erpressungen die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durchsetzen wollen" (RM Nr. 4/75). Die Staatsanwaltschaft Dortmund erstattete wegen dieses Satzes Anzeige. Ein Dortmunder Schöffengericht sprach 1975 wegen dieses Satzes eine Gefängnisstrafe von drei Monaten aus — wegen „böswilliger Verächtlichmachung" der Bundesrepublik (§ 90 a des Strafgesetzbuches).

Das war beileibe kein „Justizirrtum". Insgesamt wurde in dem betreffenden Prozeß über 21 Ausgaben des „Roten Morgen" aus den Jahren 1974/1975 zu Gericht gesessen. Gegen jede dritte Ausgabe des „Roten Morgen" in dieser Zeit hatte der Staatsanwalt Anklage erhoben! Neun Ausgaben wurden aus dem Verfahren ausgeklammert. Wegen der restlichen zwölf Ausgaben des „Roten Morgen" wurde Gernot Schubert als Verleger und Redakteur zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt (eine Gesamtstrafe, die das Gericht aus 43 Monaten Einzelstrafen gebildet hatte), Karin Wagner, verantwortliche Redakteurin für drei dieser Ausgaben, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft ging sofort in Berufung. Sie will Gefängnisstrafen ohne Bewährung. Die Berufungsverhandlung wird am 18., 19., 21. April und am 2. Mai vor dem Landgericht Dortmund stattfinden.

Es ist nicht möglich, hier auf alle Einzelpunkte der Anklage einzugehen. Diese Einzelpunkte sind auch nicht das Entscheidende — weder für den Staatsanwalt noch für das Gericht. Das hat sich beim letzten Prozeß gezeigt und wird sich auch im Berufungsprozeß erweisen. Egal, ob im „Roten Morgen" ein Artikel über einen Tarifvertrag erschien, ein Artikel über das Gesundheitswesen oder etwa über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen — der Staatsanwalt hat seinen Rotstift immer da angesetzt, das Gericht immer da eine „Straftat" gesehen, wo der „Rote Morgen" gezeigt hat, daß alle diese verschiedenen Maßnahmen gegen die Werktätigen eine gemeinsame Wurzel haben: die Herrschaft der Kapitalistenklasse. Diese Schlußfolgerung sollen die Werktätigen nicht ziehen. Denn von da bis zu der Einsicht, daß nur der Sturz der Kapitalistenklasse in der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Lage der Werktätigen grundlegend verändern kann, ist es kein weiter Weg mehr.



1976: Demonstration anläßlich der „Roter Morgen"-Prozesse in Dortmund.

Um die Propaganda für den Kommunismus zu unterdrücken, verbot die Bourgeoisie in den fünfziger Jahren sämtliche kommunistischen Zeitungen. Heute verfolgt sie das gleiche Ziel wie damals. Aber sie geht anders vor. Sie verbietet nicht, von der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu schreiben. Sie verbietet der kommunistischen Presse aber, anhand der kapitalistischen Wirklichkeit zu beweisen, daß es keinen anderen Ausweg für die Werktätigen gibt. So existiert heute bereits eine regelrechte Liste von verbotenen Wörtern. Dazu gehört „Unterdrückung der Arbeiterklasse", „angebliche Demokratie", „Ausbeuterstaat", „Faschisierung" usw. Alles Begriffe, die nötig sind, um die Wirklichkeit in der Bundesrepublik richtig zu bezeichnen und zu verstehen.

Das ist nichts anderes als der Versuch, die kommunistische Presse auf kaltem Weg zu verbieten!

Dieser Angriff gegen die kommunistische Presse richtet sich nicht nur gegen die Redakteure, die heute — wie zur Zeit des Adenauer-Regimes — praktisch mit einem Bein im Gefängnis stehen. Nicht nur gegen die KPD/ML, deren Agitation und Propaganda verhindert werden soll. Betroffen ist die gesamte revolutionäre Presse. Eingeschüchtert werden soll jeder ehrliche Journalist, der sich gegen die massive Gleichschaltung der Massenmedien wendet. Und nicht zuletzt richtet sich dieser Angriff auf die Pressefreiheit gegen den Leser. Er soll nicht mehr lesen dürfen, was er will, sondern was der Staatsanwalt ihm erlaubt.

Nehmen wir deshalb diesen Angriff auf die Presse- und Informationsfreiheit nicht widerstandslos hin! Freiheit für den „Roten Morgen"! Solidarität mit den Angeklagten!

Prozeß gegen den „Roten Morgen": 18., 19., 21. April und 2. Mai; jeweils 9 Uhr, Landgericht Dortmund, Zimmer 201.

So urteilte das Gericht vor 2 Jahren

„Ausbeuterstaat" stand im „Roten Morgen". Das Gericht urteilte: Das ist eine böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik. Es schrieb in seiner Urteilsbegründung: „Es ist einfach nicht wahr, daß Arbeiter in diesem Staat mit einem Existenzminimum auskommen müssen, sondern sie können sich einer Freiheit erfreuen, wie sie selten auf dieser Erde herrscht. . ."

Und die Tatsachen? Aus dem Statistischen Jahrbuch der Bundesregierung 1977 läßt sich entnehmen, daß der durchschnittliche Nettolohn eines Industriearbeiters 1976 1.250 DM betrug. Und den Wirtschaftspolitischen Informationen des DGB von 1977 kann man entnehmen, daß 1975 20 Prozent aller Arbeiterhaushalte weniger als 1.300 DM im Monat zur Verfügung hatten. Selbst der reaktionäre CDU-Politiker Geißler mußte 1975 in einer Studie zugeben, daß die Zahl der Armen, als derjenigen, die unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum liegen, sechs Millionen betrug: zehn Prozent der Bevölkerung!

* * *

Der „Rote Morgen" schrieb von „politischen Gefangenen". Das Gericht urteilte: Es gibt keine politischen Gefangenen. Es schrieb in seiner Urteilsbegründung: „Die in langer Haft in der Bundesrepublik einsitzen, sind nicht wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft, sondern Gegenstand der Haftbefehle sind Kapitalverbrechen, Mord, Bankraub, Sprengstoffanschläge und dergleichen. Daß es nicht anders ist, erkennen die Angeklagten am eigenen Leib, sie erfreuen sich trotz ihrer nach dem vorliegenden Verfahren bereits seit 1974 betriebenen Staatsverunglimpfungen immer noch und wohl auch weiterhin ihrer Freiheit und sind daher in der Lage, sich weiter in ihrem Sinne betätigen zu können."

Das schrieb das Gericht, nachdem es beide Angeklagten zu Gefängnisstrafen verurteilt hatte: Gernot Schubert zu zwölf Monaten, Karin Wagner zu vier Monaten. Zwar sprach es diese Strafen „zur Bewährung" aus. Aber dagegen legte die Staatsanwaltschaft sofort Berufung ein.

* * *

Angeklagte haben das Recht, sich zu verteidigen — so heißt es. Wie verteidigt man sich in einem Presseprozeß? Indem man zu beweisen versucht, daß man die Wahrheit geschrieben hat. Wer aber glaubt, er könne das ungestraft tun, hat sich getäuscht. In der Urteilsbegründung gegen den „Roten Morgen" heißt es: „Die Ansicht der Verteidigung, aus den Verteidigungsreden der Angeklagten dürften keine Belastungspunkte für die Strafzumessung entnommen werden, ist unrichtig. Das ergibt sich deutlich aus den Grundsätzen der Strafzumessung des § 46 StGB. Danach kommen bei der Strafzumessung namentlich in Betracht: die Beweggründe und die Ziele des Täters, die Gesinnung, die aus der Tat spricht... Beide Angeklagten haben nicht in der Sorge um die Beseitigung von Mißständen gehandelt (wie es zu dieser Ansicht kommt, schreibt das Gericht wohlweislich nicht — RM), sondern um den Boden zu bereiten für ihre angestrebte Revolution... Daher kamen bei allen festgestellten Straftatbeständen nur Freiheitsstrafen in Betracht."

* * *

Über 21 Artikel saßen Richter und Schöffen vor zwei Jahren zu Gericht. Trotzdem heißt es in der Urteilsbegründung, „daß dieses Sammelverfahren kein Verfahren gegen die Zeitung ‚Roter Morgen' war, gerichtet gegen die Pressefreiheit...". Es richte sich vielmehr gegen die beiden Angeklagten, „inwieweit sie also gegen Strafgesetze verstoßen haben, die für alle Bundesbürger in gleicher Weise gelten".

Wenige Tage später strafte sich der Vorsitzende Richter Dr. von Krahn selbst Lügen. Da erklärte er nämlich in einer Urteilsbegründung, er habe „dem Gesetz etwas Gewalt antun müssen". Wer der Angeklagte war, dem diese höchstrichterliche Milde widerfuhr? Ein in Dortmund stadtbekannter Heroin- und Haschischschmuggler! Das Gericht verurteilte ihn zu 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung, weil er „ordentlich und regelmäßig arbeitet". Wo er das tat, wußte das Gericht allerdings auch: in einer polizeibekannten Drogenkneipe!

Hausdurchsuchungen wegen einer „Briefmarke"

Westberlin. Mit einem Hausdurchsuchungsbefehl für Wohnung samt Neben- und Kellerräumen in der Hand, durchwühlten acht Polizisten die Wohnung einer Redakteurin der Frauenzeitschrift „Courage", angeblich um „Briefmarken" zu suchen. Die Redakteurin hatte aus Versehen einen Brief an die politische Gefangene Waltraud Siepert anstatt mit einer Fünfzig-Pfennig-Briefmarke mit der Schmuckmarke einer „Rote-Hilfe-Organisation" frankiert. Der Staatsanwalt hat den Brief beschlagnahmt und unter dem Vorwand eines Betrugsverfahrens die Hausdurchsuchung angeordnet.

Nazis raus aus Düsseldorf...

Düsseldorf. Am 1. April wagten es die Faschisten der NPD zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit, in der Düsseldorfer Innenstadt eine Kundgebung durchzuführen. Das Rednerpult der Faschisten war im Umkreis von 50 Metern mit einer Doppelreihe Absperrgitter gesichert, anscheinend als Schutz vor faulen Eiern, die sie beim letzten Mal an den Kopf bekommen hatten. Zum Schutz der 30 Mann starken Faschistentruppen hatte die Stadt mindestens 200 Polizisten, teilweise in Kampfanzügen, und mehrere Wasserwerfer aufgeboten. Auch diesmal hatten sich wieder mehrere hundert Menschen eingefunden, die gegen die braune Pest protestierten. Die Rede der Faschisten ging in einem Pfeifkonzert unter. Immer wieder wurden Parolen gerufen wie „Tod dem Faschismus" und „Nazis raus aus Düsseldorf". Die Genossen der Partei und der Roten Garde fand man in der ersten Reihe der Demonstranten. Von einer Hochstraße aus wurden Flugzettel in eine belebte Fußgängerzone geworfen, auf denen Parolen gegen den Faschismus und die NPD-Kundgebung standen. In der Nähe der Kundgebung war eine Parole gemalt: „Tod dem Faschismus — KPD/ML."



... und Hannover!

Am Tag vor der geplanten Kundgebung der Faschisten hatte die Partei am Kundgebungsplatz Parolen gemalt und Aufkleber angebracht. „Nazis raus!" Am Samstag, den 8. 4., sammelten sich dann 30 Faschisten unter dem Schutz von etwa 500 Polizisten. Die Polizisten hatten zunächst um den Faschistentrupp einen großen Kreis gebildet, versuchten dann aber immer wieder, die Antifaschisten einzukesseln. Wiederholt gingen sie gegen die Demonstranten vor, nicht nur mit dem Knüppel, sondern auch mit der Chemischen Keule. Die Antifaschisten warfen auf das braune Pack Hunderte von Eiern und Farbbeuteln. Als die Kundgebung der Faschisten zu Ende war, bildete sich ein spontaner Zug von 500 Antifaschisten durch die Stadt.

Wohnungsmakler arbeiten mit Polizei zusammen

Hamburg. Die Wohnungsmakler in Hamburg verwenden seit einiger Zeit Vermittlungsformulare, in denen nicht nur die Personalausweisnummer, sondern auch Verdienst und Arbeitgeber eingetragen werden muß. Begründet wird diese Bespitzelung mit der „Terroristenfahndung" und entsprechenden Wünschen der Kriminalpolizei. Kämpfen wir gegen die zunehmende Bespitzelung!

Autoverleiher melden Automieter ans Bundeskriminalamt

Köln. Durch eine Meldung der Presseagentur Reuter wurde bekannt, daß die Autoverleihfirmen die Personalien sämtlicher Automieter an das Bundeskriminalamt melden und überprüfen lassen. Diese Tatsache wird den Mietern nicht mitgeteilt!

Staatsanwalt fordert 18 Monate Gefängnis im Grohnde-Prozeß

Hannover. Der Staatsanwalt hat für einen 23jährigen Demonstranten gegen das Atomkraftwerk in Grohnde 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung gefordert. Obwohl zahlreiche Zeugen den Polizeiterror entlarvt hatten, behauptete der Staatsanwalt dreist, der Demonstrant habe sich als „Rädelsführer in einer gewalttätigen Menge hervorgetan". Er bekannte offen, daß das Urteil der „Abschreckung" dienen soll, die Justiz müsse eine Antwort auf die Entwicklung in den Universitäten geben, „wo immer mehr Menschen Gewaltanwendung als zu rechtfertigendes Mittel betrachten". Deutlicher kann man es nicht sagen, daß es in dieser Justiz nicht um „Wahrheitsfindung geht", sondern um die Unterdrückung der Kämpfe des Volkes. Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Anti-AKW-Plakette jetzt auch bei der Bundeswehr verboten

Nachdem verschiedene Schulbehörden den Lehrern die Anti-AKW-Aufkleber verboten haben, macht dieses Beispiel auch bei der Bundeswehr Schule. Ende Februar/Anfang März dieses Jahres erging Befehl von höherer Stelle, daß Angehörige der Bundeswehr ihre Fahrzeuge nicht mehr im Kasernenbereich parken dürfen, wenn sie Anti-AKW-Aufkleber haben. In mehreren Kasernen in Rheinland-Pfalz wurde der Befehl ohne Begründung mit der morgendlichen Befehlsausgabe verkündet. Bei den einfachen Soldaten wird der Kampf gegen die Atomkraftwerke so nicht geschwächt werden können. Gerade bei ihnen ist die Gefahr der Atomkraft durch die häufigen ABC-Übungen sehr wohl bewußt.



Russell-Tribunal nimmt Stellung

Frankfurt. In einem vorläufigen Bericht hat die Internationale Jury des III. Russell-Tribunals die Praxis der Berufsverbote als eine „ernste Bedrohung der Menschenrechte in der Bundesrepublik" verurteilt. Nur ein Teil der Mitglieder hat ebenfalls die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der DGB-Gewerkschaften angegriffen und mit den Berufsverboten in Zusammenhang gesehen. Es wird jetzt untersucht, ob das Russell-Tribunal neben der Zensur in der Bundesrepublik und der Einschränkung der Verteidigerrechte auch die Haftbedingungen der politischen Gefangenen behandeln wird. Einige Mitglieder wollen politische Gefangene aufsuchen.

Geldstrafen für „Buback-Nachruf"

Göttingen. Das Landgericht hat zwei der angeklagten Redakteure der Göttinger AStA-Zeitung zu 1.800 DM Geldstrafe verurteilt. Sie hätten mit der Veröffentlichung des sogenannten „Buback-Nachrufes" Buback und den Staat verächtlich gemacht. Dieses Urteil ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Pressefreiheit! Für Meinungs- und Pressefreiheit!

Ein „Aprilscherz"

Es ist passiert. Wir sind einem „Aprilscherz" aufgesessen. Die Nachricht über die Einlagerung von Bereitschaftspolizei in der Nähe der Frankfurter Universität (s. RM Nr. 14, S. 3) hatte die „Frankfurter Rundschau" als makabren Aprilscherz gemeint. Zwei Tage später heißt es in der Zeitung: „April, April... Der Eigentümer des Objekts (des Westend-Centers) wäre allerdings vermutlich sehr froh, wenn er für sein Objekt einen so potenten Mieter wie das Land Hessen fände!"

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

3-Tage-Woche — für Bundestagsabgeordnete schon verwirklicht

Liebe Genossen,

kürzlich besuchte unsere Schulklasse den deutschen Bundestag. Wie kam es zu diesem Ausflug? Unsere Klasse hatte schon lange vor, einen Ausflug zu organisieren, bei dem man sich näher kennenlernen sollte, und um unsere Klassengemeinschaft zu stärken. Doch daraus wurde nichts, da unser Klassenlehrer unsere Vorschläge ignorierte. Es sei noch gesagt, wir sind eine Fachoberschulklasse, die sich im letzten Jahr wahllos zusammengesetzt hat.

Nun, dachten sich unsere Pauker, lassen wir die Klasse nach Bonn zum Bundestag fahren, das bringt vielleicht verlorengegangenes Vertrauen in unseren Staat zurück. Anstatt einer Klassenfahrt mit gemütlichem Beisammensein, eine Fahrt zum Bundestag.

Nun gut, wir fuhren. In Bonn angekommen, machten wir uns auf den Weg zum Bundeshaus, die ersten Eindrücke, die uns auffielen, waren, daß, je näher wir an das Bundeshaus herankamen, die Anzahl der Bullen sprunghaft stieg. Die ersten Bemerkungen meiner Klassenkameraden waren dann auch: „Denen muß ja ganz schön die Muffe sausen!" Bevor wir nun in das Bundeshaus eintreten durften, mußten wir unsere Taschen und Mäntel abgeben, wir könnten ja eine Bombe versteckt haben. Wir hofften ein wenig von dem Palaver mitzubekommen, aber unsere Hoffnungen wurden enttäuscht. Es war Freitag, und da befinden sich unsere Abgeordneten bereits im Wochenende. **Unsere Herren Abgeordneten haben die Drei-Tage-Woche, sie fahren freitags nach Hause und kommen dienstagsmorgens erst wieder.** In einem Vortrag, der für die Besuchergruppen gehalten wurde, hieß es, daß die Herren Abgeordneten 80 Stunden in der Woche hart arbeiten müßten. Daraufhin meldete sich ein Klassenkamerad und rechnete: „Drei Tage sind die Abgeordneten in der Woche hier, das macht 72 Stunden. Also mit Ihren 80 Stunden, das kann nicht hinhauen." „Ja", antwortete der Vortragende, „Sie müssen die Zeit mitrechnen, die die Herren Abgeordneten in ihren Landesbezirken damit verbringen, die Meinung der Bürger zu hören." Nun klang es aus allen Ecken: „Ich bin noch nie nach meiner Meinung gefragt worden." Das war zuviel. „Ich bitte um mehr Disziplin, wie es sich für dieses Haus gehört", schrie aufgeregt der Vortragende. Wieder meldete sich einer und bemerkte seelenruhig: „Die Abgeordneten beider Fraktionen benehmen sich oft genug wie kleine Kinder." Der Vortragende war dermaßen fertig, daß er den Vortrag abbrach und uns in den Filmsaal führte.

Es sei noch hinzugefügt, daß während des Vortrags eine Besuchergruppe des Bundesgrenzschutzes eintraf, die ein Teil unserer Klasse mit Buh-Rufen empfing.

Der Film über den Bundestag interessierte so gut wie niemanden. Wir waren froh, als wir den Bundestag verlassen hatten und der Nachmittag zur freien Verfügung war. An diesem Nachmittag wurde viel diskutiert, und viele meiner Klassenkameraden waren der Meinung, daß der Bundestag und seine anderen Institutionen nichts anderes als ein Aushängeschild für Demokratie sein sollen, daß jedoch die Taten des Bonner „Rechtsstaates" Tag für Tag beweisen, daß wir auf ein neues 33 zugehen.

Unsere Heimreise, die wir mit dem Zug antraten, wurde sehr gesellig. Zum Teil wurde mit zwölf Mann in einem Abteil gesungen, somit lernten wir uns näher kennen. Im großen und ganzen war die Fahrt für uns Schüler sehr erfolgreich, doch unsere Pauker hatten eine schwere Niederlage hinnehmen müssen, denn die Achtung vor dem Bonner Staat ist nicht gestiegen, sondern sehr tief gefallen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Ludwigshafen

Dieses Kind hätte leben können

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einem kleinen Hamburger Krankenhaus. Anfang März wurde ich Zeuge von folgendem Gespräch zwischen dem diensthabenden Arzt und einer Patientin. Die Patientin war wegen Bauchschmerzen und Fieber ins Krankenhaus gekommen. Sie hatte 14 Tage zuvor eine Entbindung im katholischen Marienkrankenhaus in Hamburg gehabt. Da der Arzt den starken Verdacht hatte, daß bei ihr jetzt eine Sekretverhaltung der Gebärmutter vorlag, empfahl er ihr, doch sofort ins Marienkrankenhaus zurückzukehren, da es dort eine Frauenabteilung gab und man dort ihre ganzen Unterlagen hatte. Die Frau lehnte entschieden ab.

Nach längerem Nachfragen kam dann folgender Sachverhalt zutage: Unter Tränen erzählte sie, daß sie eine Totgeburt hatte. Sie war am Samstag ins Krankenhaus gegangen, weil zu Hause die Fruchtblase gesprungen war und die Geburt jederzeit beginnen konnte. Im Krankenhaus wurden nur die Herztöne des Kindes abgehört und zwar von einem noch unerfahrenen Medizinalassistenten. Eine Spiegelung der Fruchtblase (Amnioskopie), die jetzt unbedingt notwendig gewesen wäre, wurde nicht durchgeführt. Abends ging dann bereits grün gefärbtes Fruchtwasser ab, das den beginnenden Sauerstoffmangel des Kindes abzeigte. Auch am Sonntag wurden nur von einem Medizinalassistenten Herztöne abgehört. Als am Sonntagabend plötzlich die Herztöne ausblieben, hatte man es auf einmal eilig. Die Geburt wurde eingeleitet, ein totes Kind kam zur Welt.

Die Frau hat das Kind obduzieren lassen: Es war organisch völlig gesund, Todesursache: Erstickung. Hätte man sich richtig um die Frau gekümmert und die Geburt rechtzeitig eingeleitet, wäre mit Sicherheit ein lebendiges Kind zur Welt gekommen. Aber solchen Aufwand wollte man am Wochenende bei einer Kassenpatientin wohl nicht machen!

Vom Chefarzt Dr. Bräutigam, der als Spezialist einen gewissen „Ruhm" hat, ist bekannt, daß er sich nur um seine Privatpatientinnen kümmert. Gegen ihn laufen bereits mehrere Verfahren wegen fahrlässiger Tötung, die wohl alle eingestellt werden. Von ihm konnte man kürzlich in der Presse lesen, daß er als CDU-Vertreter in die Gesundheitsdeputation der Hamburger Bürgerschaft eingetreten ist. Nach seinen Äußerungen will er sich dafür einsetzen, daß man sich im Gesundheitswesen mehr am „Effizienzdenken der Wirtschaft" orientiert!

Rot Front!
Ein Hamburger Genosse

Parteiveranstaltungen

München: „Vorwärts beim Aufbau der RGO!", 15. 4. 78, 16 Uhr, Gaststätte „Zum wilden Mann", Anzingerstr. 4

Dortmund: Veranstaltung zum „Roter-Morgen"-Prozeß, 18. 4., 20 Uhr, „Jakobsschänke". Es spricht: Karin Wagner, Redakteurin des „Roten Morgen".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Für viele Rotgardisten schon Tradition:
Antimilitaristische Aktionen bei der Rekruteneinziehung

Dortmund. Die Dortmunder Rotgardisten schreiben uns: „Der 3. April stand an — Rekruteneinziehung. Wir von der Roten Garde überlegten uns, wie wir diesen Anlaß nutzen könnten, um die jungen Rekruten über die Bundeswehr aufzuklären. Bei der Planung mußte man im Kopf haben, daß der ganze Bahnhof von Bahnpolizisten, Feldjägern, Spitzeln usw. wimmeln würde. Also Vorsicht! Schon am Abend vorher ging es los. Ein Trupp klettert über Bahngleise und Häuserdächer, bis er sein Ziel erreicht: eine große weiße Häuserwand, sowohl vom Zug als auch von der Straße aus zu sehen. Hier soll unsere Parole ‚Kämpft mit der Roten Garde gegen Drill und Schikane' stehen. Dabei können wir im Flutlicht der Deutschen Bundesbahn ungestört arbeiten.







Die Kleber, die die Rote Garde Dortmund bei der Rekruteneinziehung im Bahnhof verklebte.

Am nächsten Morgen geht es weiter. Wir treffen uns mit Sprühdose, Schablonen und Aufklebern am Bahnhof und sprühen an den Stellen, wo sich die Rekruten sammeln, kleine Parolen. Als wir feststellen, daß ein Bahnbediensteter unser Treiben verfolgt hat, verschwinden wir erst mal. Nach kurzer Pause kleben wir dann schnell den Bahnhof und Bahnsteig mit Aufklebern voll. Leider hält die ‚Verzierung' nicht lange. Macht nichts. Nach kurzer Zeit kleben wieder neue. Als sich dann die ersten Rekruten sammeln, sind wir da, mischen uns unter die Soldaten, um mit ihnen zu sprechen und ihnen Flugblätter in die Hand zu drücken. Überall Spitzel! Mit kurzgeschorenen Haaren und Jeans stehen sie herum. Man merkt sehr schnell, wer nicht dazugehört, sondern den Auftrag hat, ‚Wehrkraftzersetzer' aufzuspüren...

Wir gehen dann mit den Rekruten zum Bahnsteig — selbstverständlich mit Reisetasche und Abschiedsmiene. Steigen in den Zug, legen schnell ein paar Flugblätter aus und verschwinden wieder. Nach zwei Stunden machen wir Schluß. Der Boden wird zu heiß, weil das Spitzelpack inzwischen auch mitbekommen hat, was läuft.

Wir haben übrigens beschlossen, den nächsten Rekruteneinziehungstermin umfassender vorzubereiten. Wir werden mit Schulabgängern und Lehrlingen (die jetzt ihre Prüfung machen) Kontakt aufnehmen, mit ihnen über die Bundeswehr diskutieren, ihnen von unseren Erfahrungen vom Kampf gegen Offizierswillkür, Drill und Schikane beim Bund berichten, sowie Tips und Hilfen auf den Weg geben, die man braucht, um sich gegen die Machenschaften der Vorgesetzten zu wehren. Außerdem werden wir ein Flugblatt herausgeben, das zu einem Informationsabend einlädt."

Ostwestfalen. „Montag, 3. April. Die Eingangshalle eines ostwestfälischen Bahnhofs ist überfüllt mit jungen Rekruten. Transporte werden zusammengestellt, die ersten lauten Befehle schallen durch die große Halle. Die jungen Rekruten stehen in Gruppen zusammen, die ersten Kontakte werden geknüpft. Man redet über die kommenden 15 Monate, gibt sich Ratschläge, macht sich gegenseitig Mut.

Überall auf dem Bahnhofsgelände Feldjäger, Bahnpolizisten und jede Menge ziviler Personen, die auffällig unauffällig alles beobachten. Polizei in Zivilfahrzeugen hält sich in der Nähe auf. Man scheint auf etwas zu warten.

Wir haben unseren Einsatz vorher genau besprochen. Unser Faltblatt sollen möglichst viele Rekruten erhalten, ohne daß etwas schiefgeht. „Richtung Eckernförde — hier sammeln! Die Rekruten nehmen ihre Taschen; alles drängt sich zusammen, sammelt sich in einer Ecke der Halle. Wir sammeln uns mit, sind mitten dazwischen. Überall taucht jetzt unser Faltblatt auf. ‚Hier, ein paar Tips für die ersten Wochen, damit sie euch nicht kleinkriegen.' Schnell verschwindet das Faltblatt in den Jackentaschen der Rekruten. ‚Mensch, das ist prima, daß ihr sowas macht.' ‚Gib her, ich brauch auch eins.'



Sie freuen sich, daß sie nicht allein gelassen werden, daß wir ihnen zur Seite stehen. ‚Die Gruppe nach Eckernförde — mitkommen zum Bahnsteig!' Die Gruppe der Rekruten setzt sich in Bewegung. Einer hat sich wohl in der Gruppe geirrt. Die Reisetasche in der Hand bleibt er stehen. ‚Richtung Goslar — hier sammeln!' Jetzt hat er seine Gruppe scheinbar gefunden. Schnell ist er mittendrin...

Während Polizei und Spitzel erfolglos ‚die Täter' suchen, lesen die Rekruten in den Zügen längst, welche Tips ihnen die Rote Garde für die Zeit beim Bund gibt. Es gibt allerdings auch Zeitgenossen, deren Arbeit an diesem Tag nicht so erfolgreich verläuft. Der folgende Zwischenfall ereignet sich am selben Tag im selben Bahnhof. Mit einem lauten Lied auf den Lippen, eine rote Fahne voran, der Gefahr mutig ins Auge geschaut, stürmt eine Gruppe des ‚Soldaten- und Reservistenkomitees' mitten in die Bahnhofshallen. „Volksmiliz' — lest ‚Volksmiliz' — Streikrecht — Lohnfortzahlung', alles schreit durcheinander. Ich schaue auf die Uhr, das kann ja nicht gutgehen. Nach 15 Sekunden ist die Bahnpolizei zur Stelle, ein kurzer Ruck, die Fahne ist unten, die ‚mutigen Kämpfer' stehen wieder draußen im kalten. Aber unverzagt stimmen die Leute des KBW-eigenen ‚Soldaten- und Reservistenkomitees' auf dem Vorplatz ein Lied an. Nach fünf Minuten ist auch von diesem Gesangverein nichts mehr zu sehen."

Rote Garde Herten
Erfolgreicher Kampf

In ihrer Zeitung „Jugend voran" brachte die Rote Garde Herten kürzlich einen Artikel über die Mißstände in den einzelnen Klassen mit dem Titel: „Ausgenutzt und nichts gelernt." In diesem Artikel ging es unter anderem darum, daß die KFZ-Lehrlinge in der Unterrichtszeit die Autos des Direktors und der Lehrer waschen mußten.

Die ganze Woche hindurch wurde vor der Schule verteilt. Als ein Klassensprecher einen Verteiler beschimpfte und vertreiben wollte, griff sofort eine Gruppe von zehn Schülern ein und drohte diesem Liebling der Lehrer Schläge an. Natürlich war auch die gesamte Schulleitung in Aufruhr. Konferenzen wurden einberufen. Wahrscheinlich, um festzustellen, wer wohl der Übeltäter gewesen sein mochte, der diese „Geheimnisse" weitergegeben hatte. Außerdem wurden durch die Lehrer und bestimmte Klassensprecher Gerüchte verbreitet, daß die Kfz-Lehrlinge nicht nur 50 Pfennig oder überhaupt nichts für das Autowaschen bekämen, sondern — man höre und staune — gleich 20 DM. Eine glatte Lüge! Aber diese Hetze fand bei den Schülern nicht den richtigen Anklang. Dann wurde die Zeitung von einem der Lehrer an die Regierung in Münster geschickt. Prompt kam auch dann die Antwort zurück! Das Autowaschen zählt nicht zum Unterricht und ist deshalb ab sofort verboten (natürlich nur an dieser Schule). Der Lehrer der Kfz-Lehrlinge behauptete zwar, das störe ihn überhaupt nicht, aber er scheint doch eingeschüchtert zu sein. Bis jetzt wurde jedenfalls kein Auto mehr gewaschen.

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde!

Der I. Kongreß der Roten Garde steht vor der Tür. Natürlich kostet die Vorbereitung viel Geld. Und natürlich ist Geld gerade bei unseren jungen Genossen knapp. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung — auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb rufen wir alle Leser des „Roten Morgen" auf: Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde auf die Konten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund, und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, 321 004 547, jeweils unter dem Kennwort „Rote Garde"!

150 Jahre Goya (1746 - 1828)

Das Volk im Mittelpunkt

Die Zeit Goyas war eine Phase großer sozialer und politischer Umwälzungen in Spanien. Feudale Konterrevolution, bürgerliche Revolution. Die Klassenkämpfe, die Kriege werden mit einer Schärfe ausgetragen, wie sie das moderne Europa bisher nicht kannte. Die Gewaltsamkeit, der Terror dieser revolutionären Zeit spiegelt sich darum in allen Werken Goyas wieder. Es spricht für die Größe dieses Mannes, daß er in dieser Explosion von konterrevolutionärem Terror und revolutionärer Gewalt in den Mittelpunkt seiner Arbeit das kämpfende Volk stellt. Nicht Feldherren, nicht Armeen, keine bürgerlichen Helden, sondern das geschundene und wie Löwen kämpfende einfache Volk.

Dieser Goya schien zunächst nichts als die Karriere im Kopf zu haben. Sein Vater war Handwerksmeister, ein Vergolder, in der Nähe von Zaragoza. Goya besuchte die Malateliers, kam durch Beziehungen in die königliche Akademie, malte dort Bildvorlagen für die Wandteppiche der königlichen Schlösser. Schrittweise stieg er auf. Bis zum „Ersten Maler der königlichen Kammer". Seine Bilder: konventioneller, höfischer Klassizismus. Aber dieser Sohn eines Kleinbürgers aus Zaragoza hatte doch nie die Fühlung zum Volk verloren. Er bekam Kontakt zu „Reformern". Setzte sich mit den Schriften der französischen Aufklärung auseinander. Die Parolen der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" drangen nach Spanien.

Als Goya 1799 eine erste Mappe mit Radierungen veröffentlicht, bricht langaufgestauter Haß und Wut auf das verderbte Feudalsystem heraus. Schon das Titelblatt ist eine offene Kriegserklärung an König und Kirche: Das Selbstproträt Goyas gleicht dem Titelblatt einer wenige Jahre vorher erschienenen Ausgabe der philosophischen Schriften von Jean-Jaques Rousseau. Seine Losung der „Volkssouveränität" haben die französischen Jakobiner auf ihre Fahnen geschrieben. Die Mappe „Caprichos" (Einfälle) ist nur zwei Tage im Handel, die Inquisition droht dem Künstler. Damit die Platten nicht vernichtet werden, übergibt Goya sie dem königlichen Drucker. Dort lagern sie ungebraucht bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Diese Radierungen waren ein großes Wagnis. Der Hofmaler hatte ohne Auftrag gearbeitet, als Privatmann. Nur sich selbst verantwortlich. Goya hatte sich an eine neue Radierungstechnik gewagt. Vor allem aber ist der Inhalt dieser Radierungen revolutionär: Eine scharfe Abrechnung mit dem unmenschlichen, dumpfen Absolutismus. Ein Alptraum wird bloßgelegt: die barbarische Welt der Inquisition, des verrotteten Feudaladels, der perversen Mönche, die das Volk aussaugen und unterdrücken.

Bilder, so entlarvend und ätzend, wie sie später höchstens noch Daumier in seiner Physiognomie der bürgerlichen Gesellschaft schuf. Auf einer kahlen Ebene brechen zwei Bauern fast zusammen, erdrückt von Lasttieren, die sie auf den Schultern tragen. Die beiden fetten, gespornten Esel bedeuten Kirche und Adel. Oder die Radierung „Los Chinchillas": Zwei Männer in Zwangsjacken, mit Wappenschmuck, Vorhängeschlösser an den Ohren, ihre Körper träge, die Augen geschlossen, der Mund offen, sie werden gefüttert wie Blöde im Irrenhaus — ein Bild des Erbadels. Besonders höhnisch die Attacken auf den Klerus, die Mönche werden zu Kobolden, unersättlich, gierig, parasitär. Das letzte Bild der Mappe zeigt diese Mönchsbrut mit teuflischen Visagen. Sie recken sich. Die nahende Morgendämmerung wird diese Dämonen der Nacht vertreiben. „Es ist schon spät", heißt es dazu. Alle diese Bilder sind mit Unterschriften versehen. Redewendungen, Schlagwörter, Anspielungen, die das Satirische noch verschärfen.

Mit dem Jahr 1808 bricht in Spanien ein Krieg aus, der in der modernen Geschichte als erster großer Volkskrieg für die nationale Unabhängigkeit Spaniens eingeht. Napoleon marschiert ein, setzt den spanischen König ab und seinen Bruder Joseph Bonaparte ein. Während der spanische Hofadel zu den Besatzungstruppen überläuft, rebelliert das Volk. Mit dem Aufstand von Madrid am 2. Mai 1808 beginnt ein langandauernder zäher Volkskrieg, in dem die spanischen Volksmassen durch Guerilla-Taktik die 200.000 Mann starke napoleonische Armee aufreiben.

So war es vor allem das spanische Landvolk und die Stadtarmut, die diesen patriotischen Krieg führte und bis zum letzten ausfocht. Eine Bewegung, „die so reich an heldenmütigen Episoden ist und in der ein Volk, das man schon sterbend glaubte, die größte Lebenskraft entwickelte" (Karl Marx, Das revolutionäre Spanien). Allerdings war diese patriotische Bewegung auch widersprüchlich, und diese Widersprüchlichkeit drückt sich auch in den Bildern Goyas aus. „National, weil sie die Unabhängigkeit Spaniens von Frankreich proklamierte, war sie gleichzeitig dynastisch, da sie den ‚geliebten' Ferdinand VII. Joseph Bonaparte entgegenstellte, war sie reaktionär, da sie die alten Einrichtungen, Gewohnheiten und Gesetze den rationellen Neuerungen Napoleons entgegensetzte, war sie abergläubisch und fanatisch, denn sie verfocht die ‚heilige Religion' gegenüber dem, was französischer Atheismus hieß . . . Alle gegen Frankreich geführten Unabhängigkeitskriege tragen den gemeinsamen Stempel einer Regeneration, die sich mit Reaktion paart; nirgends aber in solchem Maße wie in Spanien" (Karl Marx). Die Verantwortung dafür trägt die spanische Bourgeoisie, sie war schwankend, unkonsequent, ja feige wie die deutsche Bourgeoisie 1848.

Diesem gnadenlosen und heroischen Volkskampf hat Goya mit seinen Radierungen „Desastres de la Guerra" und mit verschiedenen Gemälden ein unvergeßliches künstlerisches Monument gesetzt. Das Bild „Der 3. Mai 1808" malte Goya kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg. Wir sehen ein Erschießungskommando, die Buckel der besoldeten Mörder. Eine Laterne wirft blendendes Licht auf die Opfer. Die Gesichter verraten Trotz, Unversöhnlichkeit. In der Mitte ein Mann im weißen Hemd, die Arme ausgebreitet wie auf einem unsichtbaren Kreuz. In den Augen Traurigkeit und unstillbare Hoffnung.

Über zehn Jahre lang hat Goya diesen Krieg künstlerisch zu bewältigen versucht. Erst 1820 ist seine Mappe mit Radierungen „Desastres de la Guerra" fertig. Goya selbst veröffentlicht die Blätter nicht, sie kommen erst 1863 an die Öffentlichkeit. So erbarmungslos realistisch hat bisher keiner den Krieg, den Kampf auf Leben und Tod dargestellt.

Die Radierungsserie beginnt mit dem Volksaufstand gegen die Franzosen. Männer und Frauen werfen sich heldenmütig mit ihren Leibern den feindlichen Bajonetten entgegen. „Welcher Mut!" steht unter Bild Nummer 7: Inmitten von Leichen zündet die junge Agostina eine Kanone, um die Franzosen vor Zaragoza aufzuhalten, der Heimat Goyas. Dann Bilder zu den Schrecken des Krieges. Frauen kämpfen mit Messern, werden vergewaltigt. Bauern schlagen auf Franzosen ein, werden grausam zerstückelt. Die scheußlichsten Greueltaten verüben die Franzosen. Doch was den liberalen „aufklärerischen" Bourgeois Goya erschreckt, ist die Leidenschaft, der tiefe Haß des Volkes. Ist auch die Tatsache, daß das Volk sich nicht nur für die nationale Unabhängigkeit, sondern auch für die Monarchie und für die „heilige Religion" schlägt. So scheint bei ihm manchmal der Krieg zum „sinnlosen Gemetzel" zu pervertieren. Vor allem die dritte Gruppe der Radierungen, die das Wiedererstarken der schwärzesten Reaktion in Spanien nach dem Unabhängigkeitskrieg darstellen soll, muß diesen Eindruck verstärken. Sie erinnert an die „Caprichos". Allerdings demonstrieren die letzten Titel „Es starb die Wahrheit", „Wird sie auferstehen?" den ungebrochenen Kampfgeist. Das letzte Bild „Das ist das Wahre!" zeigt fast ein Idyll: Ein Bauer, die Hacke in der Hand, seine Frau mit einem Korb Früchte und einem Schaf in einer paradiesischen Landschaft.

Diese Rousseau'sche Utopie einer friedlichen und glücklichen Gesellschaft verrät den kleinbürgerlich-radikaldemokratischen Standpunkt, den Goya aller Verzweiflung zum Trotz durchhielt. Seine Volksgestalten, wie auch in den heroischen Proletariergemälden „Die Wasserverkäuferin" oder „Der Scherenschleifer", zeigen, daß Goya bereits am Beginn der bürgerlichen Revolution spürte, daß diese geknechteten, in Unwissenheit gehaltenen, gemarterten und wie Wölfe kämpfenden Volksmassen die eigentlichen Helden der Geschichte sind. Im Zentrum dieser Bilder ist das Volk, alles andere ist nebensächlich. Dabei erscheint es keineswegs als anonyme Masse. Auch wenn die Menschengruppen dicht gedrängt sind, wenn sie leiden und kämpfen, so haben sie unverwechselbare Gesichter. Individuen, die ums Überleben kämpfen, für den Traum von Freiheit und Unabhängigkeit auf das Schlachtfeld gehen.



Der 3. Mai 1808 in Madrid: Die Erschießungen an der Montagna del Principe Pio

Egon-Erwin Kisch (1885-1948)

Wie Modratschek erfuhr, wer Mayer war

„Einmal", so sagt Modratschek aus, „einmal, es war viele Jahre vor dem Kriege, erschien bei mir ein polnischer Genosse, der in Prag lebte. ‚Genosse Modratschek, ich komme nur, um Ihnen einen Gruß vom Genossen Lenin auszurichten.'

‚Von wem?' fragte ich erstaunt.

‚Vom Genossen Lenin. Sie wissen doch, wer das ist?'

‚Freilich weiß ich, wer das ist. Das ist der Linke von der russischen Partei. Aber ich kenne ihn nicht persönlich.'

Nun war das Erstaunen auf seiten des Polen. ‚Sie kennen ihn nicht? Ich komme gerade aus Krakau' (er kann aber auch ‚Warschau' gesagt haben, ich erinnere mich nicht mehr genau), ‚und da hat Lenin zu mir gesagt: Wenn Sie wieder in Prag sind, müssen Sie zum Genossen Modratschek gehen und ihn von mir grüßen. Ausdrücklich hat er mir das eingeschärft.'

Mir blieb nichts anderes übrig, als mich beim Überbringer des Grußes zu bedanken, aber erklären konnte ich mir das nicht, denn ich hatte Lenin nie gesehen, und daß er mich vom Hörensagen kennen sollte, war ausgeschlossen, weil ich außerhalb der tschechischen Partei niemals hervorgetreten bin.

Dann kam die russische Revolution, und aus ihr hob sich die Gestalt Lenins heraus, des Mannes, den zu kennen ich mich beim besten Willen nicht erinnern konnte — und ich habe eine gutes Gedächtnis — und der mich grüßen ließ.

Da sah ich Lenins Bild und rief meine Frau: ‚Sakra, weißt du, wer dieser Lenin ist? Das ist unser Mayer!'

Meine Frau beugte sich nun auch über die Zeitung und sagte: ‚Natürlich ist es der Mayer.'

Um darüber Sicherheit zu haben, begann ich meine alten Papiere durchzustöbern, ob sich — obwohl ich während des Krieges alles verdächtige Material verbrannt hatte — nicht die Reste meines Briefwechsels mit Mayer darin fänden."

In ihren „Erinnerungen an Lenin" erzählt die Krupskaja, wie sie nach Prag fuhr, in der Annahme, daß sich Lenin dort unter dem Namen Modratschek aufhalte. Das war die Adresse, unter der er sich ihre Briefe hatte schicken lassen. Aber der letzte Brief, den Lenin, in den Deckel eines unpolitischen Buches eingebunden, an sie gesandt hatte und der seine Münchener Adresse enthielt, war der Krupskaja nicht zugekommen. So telegrafierte sie nach Prag die Stunde ihrer Ankunft und war maßlos erstaunt, Wladimir Iljitsch nicht auf dem Bahnsteig zu sehen. Sie wartete noch eine Zeitlang, mietete dann, in großer Verlegenheit, bei einem Kutscher eine Droschke, ließ ihre Koffer aufladen und fuhr los. In der engen Gasse eines Arbeiterviertels, vor einer Mietskaserne, in deren Fenstern eine Unmenge von Bettzeug zum Lüften ausgehängt war, hielt der Wagen. Nadeshda Konstantinowna lief ins vierte Stockwerk hinauf, wo ihr eine blonde Tschechin öffnete.

„Modratschek, Herr Modratschek", stieß die Krupskaja hervor.

Ein Arbeiter erschien in der Tür und sagte: „Modratschek, das bin ich."

„Nein", murmelte die Krupskaja bestürzt, „Modratschek ist mein Mann."

Modratschek begriff, wen die Frau suchte: den Russen, dem er die Briefe nach München nachschickte. Das heutige Telegramm hatte er per Post an ihn weitergeleitet.

Die Krupskaja schreibt: „Modratschek widmete mir einen ganzen Tag. Ich erzählte ihm von der russischen Bewegung und er mir von der österreichischen. Seine Frau zeigte mir ihre gehäkelten Spitzen und fütterte mich mit tschechischen Knödeln."

Aber es waren nicht die Knödel, die das Hauptgericht jener Prager Mahlzeit ausmachten, das wahre Hauptgericht hätte sich Genossin Krupskaja noch besser als die Knödel gemerkt, wenn sie geahnt hätte, was sie da in Prag vorgesetzt bekam: Es war ein Gulasch aus Pferdefleisch, obgleich, wie fast zu jeder Fleischspeise in Böhmen, Knödel beigegeben werden.

Wieso hier dieses Detail eines längst verdauten Mittagessens behauptet werden kann, wenn die Teilnehmerin selbst nichts davon wußte? Nun, die Gastgeber wußten es und wissen es noch heute. Sofort nach dem Erscheinen der „Erinnerungen an Lenin" haben wir uns an den alten Pionier der tschechischen Genossenschaftsbewegung, Frantisek Modratschek, gewandt, da nur er und kein anderer der in den Memoiren erwähnte Modratschek sein konnte. Er gab bereitwilligst Auskunft über seine Beziehung zu einem geheimnisvollen Fremden und dessen Gattin:

„Die Redaktion des Parteiblattes, des ‚Pravo Lidu', die sich zu jener Zeit auf dem Palackyplatz befand, hatte im Sommer 1900 einen russischen Genossen zu mir geschickt, der mit mir etwas besprechen und auch bei mir übernachten sollte. Ich wohnte damals in der Vorstadt Vrsovice an der Ecke Kollarova und Nerudova; die Wohnung führte auf den Hof hinaus und war so klein, daß ich keinen Raum hatte (und eine Matratze auch nicht), um dem Fremden eine Lagerstatt zu bereiten. So schlief er nicht in meiner Wohnung.

Von ihm erfuhr ich, daß er geheim aus Rußland nach dem Ausland reise, nachdem er in Sibirien als Verbannter gelebt. Er machte auf mich den Eindruck eines Reisenden von etwas ausländischem Typus. Er war etwa dreißig oder fünfunddreißig Jahre alt, von mittlerer Größe, weder dick noch mager, aber etwas breitschultrig, sah unauffällig aus. An seinen Bart erinnere ich mich nicht. Sein Benehmen war gemessen, obwohl er, wie ich fühlte, in Eile war. Er sprach gut deutsch.

Er wollte, daß ich ihm einen Paß auf den Namen eines Mannes verschaffe, der ihm einigermaßen ähnlich sehe. Ich versprach ihm, daß ich das versuchen werde, aber es gelang mir nicht.

Am nächsten Tage reiste er ab, nachdem er mit mir vereinbart hatte, er werde an mich Briefe und Geld aus Rußland schicken lassen und ich möge alles an eine von ihm angegebene Adresse weiterleiten. Meine Ausgaben würden gegen Ausstellung einer detaillierten Rechnung vergütet werden.

Der Fremde nannte mir seinen Namen nicht, sondern sprach den Wunsch aus, ihn in Briefen nur ‚Genosse Mayer' zu nennen.

Nach seiner Abreise begannen wirklich zahlreiche Sendungen aus Rußland einzutreffen, gewöhnlich in Abständen von vierzehn Tagen, und ich schickte sie nach München an die mir angegebene Adresse. Dann kamen aus Deutschland und aus der Schweiz Pakete mit russischen Zeitschriften und Broschüren, beinahe jede Woche. In der Verlagsräumen der sozialdemokratischen Druckereigenossenschaft, bei der ich tätig war, packte ich sie um und verstaute sie in Kisten, um diese an eine mir mitgeteilte Adresse nach Krakau zu expedieren.

Einige Monate nach der Abreise des Russen hielt zeitig morgens vor unserem Haus in der Kollarova eine Droschke, der eine schwächliche, etwa dreißigjährige, einfach gekleidete Frau von sympathischem Äußeren entstieg — die Gattin Mayers; sie ereiferte sich zunächst über den hohen Fahrpreis, den ihr der Kutscher abverlangt hatte. Etwas gesprächiger als ihr Gatte, ziemlich gut deutsch sprechend, erzählte sie, daß sie mit diesem in der Verbannung und dann im Hause eines reichen russischen Kaufmanns als Lehrerin tätig gewesen sei, nun aber mit ihrem Mann in der Fremde leben wolle.

Auf die Idee, daß auch die merkwürdigen Grüße des mir unbekannten Lenin mit dem Mayer in Zusammenhang stehen könnten, bin ich niemals gekommen. Bis ich dann die Photographie sah. Nun suchte ich, wie gesagt, meine alten Papiere durch, ob sich nicht Reste meines Briefwechsels mit Mayer darin fänden.

Aber da fand ich zuletzt diesen Aufgabeschein des Vrsovicer Postamts, gestempelt vom 3. Mai 1901; darauf wird bestätigt, daß ich an jenem Tage einen Einschreibebrief mit der Adresse ‚Frau Uljanow, Moskau' aufgegeben habe. Nun hatte ich es staatlich bestätigt, daß der Lenin niemand anderer als der Mayer war. Und die Memoiren der Krupskaja sagen mir nichts Neues. Daß sie damals Knödel vorgesetzt bekam, weiß ich nicht. Daß sie damals Pferdefleisch vorgesetzt bekam, weiß sie nicht."

Frantisek Modratschek, der alte Sozialdemokrat, weiß noch etwas. Er weiß, daß die ersten Hefte der „Iskra" durch seine Hände gingen auf ihrem Weg ins Zarenland, wo sie vier Jahre später den ersten Brand entfachten und nach weiteren zwölf Jahren das große Feuer.

Was aber Frantisek Modratschek, der alte Sozialdemokrat, nicht weiß, ist das: daß er der Sache der internationalen Arbeiterschaft einen großen Dienst erwiesen hat, aus Gefälligkeit für einen Fremden, der unauffällig aussah und sich Mayer nannte.

(*leicht gekürzt*)

Aus aller Welt

Westeuropa: Millionen im Streik gegen die Arbeitslosigkeit

Um gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu kämpfen, haben in mehreren westeuropäischen Ländern in der letzten Woche Millionen Werktätige kurzfristig die Arbeit niedergelegt und machtvolle Protestkundgebungen durchgeführt. In Spanien traten etwa sechs bis sieben Millionen Arbeiter in einen einstündigen Proteststreik. In Italien waren es rund zehn Millionen Arbeiter und Angestellte, die sich an einem drei- bis vierstündigen Generalstreik beteiligten. In vielen Betrieben wurde der Streik auf den ganzen Tag ausgedehnt. In einer Reihe von Städten wurden Kundgebungen gegen die Massenarbeitslosigkeit durchgeführt. Auch in Belgien und Griechenland kam es zu mehrstündigen Arbeitsniederlegungen.

Aufgerufen zu diesen Aktionen hatte der Europäische Gewerkschaftsbund. Sein Vorsitzender, der DGB-Boß Vetter, veranstaltete aus diesem Anlaß eine Pressekonferenz in Bonn. Hier machte er sich zum selbsternannten Sprecher der westeuropäischen Arbeiter. Welch ein Hohn angesichts der Tatsache, daß der DGB sich geweigert hat, die westdeutschen Arbeiter und Angestellten in die Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit einzubeziehen.



Werktätige in Italien

Spanien: Carrillo bei westdeutschen Kapitalisten

Zu einem Empfang in der Botschaft der Deutschen Bundesrepublik in Madrid war auch der spanische Revisionistenchef Carrillo geladen. Wie berichtet wird, nutzte er die Gelegenheit, um sich den Vertretern der westdeutschen Monopole, die in Spanien ihre Filialen errichtet haben, als Streikbrecher anzubieten.

So beklagten sich die Bonner Kapitalisten bei Herrn Carrillo bitter über die „mangelnde Disziplin" der Arbeiter in ihren spanischen Werken, über das „Durcheinander" bei Streiks usw. Aber Carrillo wußte sie zu beruhigen. Nach vierzig Jahren Diktatur, so sagte er, brauche das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern eine gewisse Zeit zur Normalisierung. Daß sich die spanischen Revisionisten aktiv für eine solche „Normalisierung" der Klassenbeziehungen einsetzen, haben sie mehr als einmal bewiesen, zum Beispiel durch ihre Unterstützung für den reaktionären arbeiterfeindlichen „Moncloa-Pakt" des Madrider Regimes.

Britannien: Neuer Streik bei der „Times"

Eine Woche lang hatte das Maschinenwartungspersonal der britischen Zeitung „Times" einen „wilden" Streik durchgeführt, der erst nach Zugeständnissen der Kapitalisten beendet wurde. Nur Stunden nach Beendigung dieses Arbeitskampfes traten am vorletzten Wochenende 450 Drucker in einen „wilden" Streik, weil ihnen die Kapitalisten einen geforderten Zuschlag für verlorene Arbeitszeit nicht zahlen wollten. Die Sonntagsausgabe der „Times" konnte wieder nicht erscheinen.

Israel: Anhaltende Streikwelle

60.000 Lehrer traten am letzten Donnerstag für Gehaltserhöhungen in einen Warnstreik. Fortgesetzt wurden in der letzten Woche die Streiks bei der Luftfahrtgesellschaft El Al und in der zivilen Schiffahrt. Dieser letzte Arbeitskampf dauert jetzt schon sieben Wochen an. Weiter im Streik stehen auch die Rundfunk- und Fernsehjournalisten. Diese mächtige Streikwelle ist ein deutliches Zeichen des wachsenden Widerstands der Werktätigen gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik des zionistischen Regimes, das den Werktätigen die Kosten für seine militärischen Aggressionen aufbürdet.

Nordirland: Provokation der Besatzer

Das 1972 aus Nordirland abgezogene Fallschirmjäger-Regiment der britischen Besatzer ist in der letzten Woche zurückgekehrt. Der Grund für den Abzug war damals das von diesem Regiment angerichtete Massaker vom „Blutsonntag" im Januar 1972 gewesen. Die Besatzer hatten das Feuer auf eine unbewaffnete Menschenmenge in Londonderry eröffnet. 13 Menschen, darunter zwei Kinder, starben im Feuer der Fallschirmjäger. Wenn jetzt dieses Mordregiment nach Nordirland zurückkehrt, so stellt das eine schwere Provokation der britischen Besatzer gegen das irische Volk dar.

USA: Streiks und Massendemonstrationen

Anfang des Monats sind 2.500 Arbeiter der Anaconda Copper Corporation in den Streik getreten. Über 8.000 Arbeiter des Flugzeugbauunternehmens Douglas stehen schon seit drei Monaten im Streik und haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Erpressungen der Kapitalisten nicht nachzugeben.



Anaconda-Arbeiter

Ende letzten Monats führten etwa 8.000 schwarze Amerikaner in Washington eine Demonstration durch. Sie führten Transparente mit antirassistischen Losungen mit sich und protestierten gegen die Rassendiskriminierung. Kundgebungen dieser Art fanden in der letzten Zeit in vielen Städten der USA statt.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Libanon

UNO-Truppen auf der Seite der Besatzer

Mit offenem Terror hat der Chef der UNO-Truppen im Südlibanon, General Erskine, der leidgeprüften Bevölkerung dieser von den israelischen Zionisten besetzten Region gedroht. Im israelischen Rundfunk hetzte er gegen die Bewohner der Dörfer im Südlibanon. Er behauptete, sie würden Autos stehlen und warf ihnen vor, sie würden die UNO-Soldaten „unwürdig behandeln". „Damit muß jetzt Schluß sein", erklärte der General. Die UNO-Truppen hätten das Recht, ihre Waffen einzusetzen — „und wir werden es tun".

Was könnte deutlicher den Charakter dieser angeblichen Friedenstruppen entlarven? Statt wirksame Maßnahmen gegen die zionistischen Mörder zu ergreifen, die ihren Terror im Südlibanon fortsetzen, die immer deutlicher zu erkennen geben, daß sie sich in diesem Gebiet festsetzen wollen, kündigt dieser General an, daß seine Truppen das Feuer auf die libanesische Zivilbevölkerung eröffnen werden. Und diese unverschämte Drohung gibt er auch noch im Rundfunk der zionistischen Besatzer von sich.

Wie berichtet wird, haben sich französische Fallschirmjäger (UNO-Einheiten) bei der Stadt Tyr vor Stellungen der libanesischen und palästinensischen Patrioten eingegraben. Truppen des NATO-Landes Norwegen sind mit Bundeswehr-Maschinen nach Tel Aviv gebracht worden, von wo aus sie in den Südlibanon eingerückt sind. Immer häufiger wird jetzt von den Befehlshabern der UNO-Truppen davon gesprochen, daß ihre Einheiten im Falle eines Angriffs der Patrioten „zurückschießen" würden. Was das heißt? Die bewaffneten libanesischen und palästinensischen Kämpfer greifen ja nicht die UNO-Truppen, sondern die israelischen Besatzer an. So kann die Drohung dieser Befehlshaber nur bedeuten, daß sie mit Waffengewalt den gerechten Befreiungskampf gegen die Besatzer unterdrücken, daß sie sich ganz offen an der Seite der zionistischen Gangster gegen die Patrioten stellen wollen.

Während im Libanon das Komplott zwischen den israelischen Aggressoren und den UNO-Truppen immer deutlichere Formen annimmt, haben die amerikanischen Imperialisten in der letzten Woche eine hohe Militärdelegation in die libanesische Hauptstadt Beirut entsandt. Ihr offizieller Auftrag: Hilfe beim Aufbau der libanesischen Armee. Waffen im Wert von 200 Millionen Dollar hat Washington im Rahmen dieser „Hilfe" in Aussicht gestellt. Die amerikanische Supermacht, die den Zionisten grünes Licht für ihren Überfall auf den Libanon gegeben hat, auf deren Veranlassung die Entsendung von Truppen in der UNO beschlossen wurde, bringt jetzt offenbar eine dritte antiarabische Karte ins Spiel. Denn was bedeutet ihre massive Militärhilfe anderes, als eine Stärkung ihrer imperialistischen Positionen im Libanon, als eine direkte Einflußnahme auf die libanesische Armee?

Diese Armee hat ja keinen einzigen Schuß abgegeben auf die israelischen Aggressoren, die ganze Teile des Landes in Schutt und Asche legten. Und mit amerikanischen Militärberatern an der Spitze, mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, soll sie sicher nicht zur Verteidigung des Landes antreten. Dafür geben die Wallstreet-Herren ihre Millionen nicht her. Was sie wollen, ist die Vernichtung der palästinensischen Befreiungsbewegung, die Unterdrükkung der Völker des Nahen Ostens und die Errichtung ihrer Herrschaft über die ganze Region.

Diese Situation, in der die eine Supermacht und ihr Werkzeug, der zionistische Gangsterstaat, ihre Angriffe auf die arabischen Völker verstärken, nutzt die andere Supermacht demagogisch aus. Die russischen Sozialimperialisten machen ein großes Geschrei über ihre angebliche Freundschaft mit den arabischen Völkern. Aber sind sie etwa dem Überfall der Zionisten auf den Libanon entgegengetreten? In der UNO haben sie sich geweigert, gegen die Entsendung von Truppen in den Südlibanon zu stimmen. Gemeinsam mit den US-Imperialisten schreien sie nach einem Waffenstillstand in dieser Region, was nichts anderes ist als eine Aufforderung an die Patrioten, den gerechten Befreiungskampf einzustellen.

Die bewaffneten patriotischen Kräfte jedoch haben erklärt, daß es mit dem blutigen Besatzerregime der israelischen Zionisten keinen Waffenstillstand geben wird, daß vielmehr der Kampf weitergeführt wird, bis der letzte Besatzer verjagt ist.

Carter in Afrika und Lateinamerika

US-Imperialismus will seinen Einfluß erweitern

„Die Tage des häßlichen Amerikaners sind vorbei." So kommentierte der US-Präsident Carter das Ergebnis seiner Reise, die ihn durch einige Länder Lateinamerikas und Afrikas führte. Tatsächlich hatte der Chef des Weißen Hauses nichts unversucht gelassen, um in der Maske des großen Freundes zu erscheinen. Keine Station der Reise, bei der er nicht seine sattsam bekannten Predigten zur Menschenrechtsfrage hielt. Und sogar seine ganze Familie hatte er mitgeschleppt, um vor den Kameras werbewirksam als Familienvater posieren zu können.

Aber dieser Reklamerummel, den Carter um seine Reise entfachte, konnte die Völker nicht über seine wirklichen Absichten täuschen. Da war zum Beispiel die Frage der Erdölpreise. Venezuela und Nigeria, die auf Carters Reiseroute lagen, sind neben Saudi-Arabien die wichtigsten Erdöllieferanten der USA. Weil die amerikanischen Imperialisten ihre Öl-Importe in Dollar bezahlen, haben diese Länder durch den Verfall der amerikanischen Währung riesige Verluste zu verzeichnen. Nigeria zum Beispiel verlor allein im letzten Jahr dadurch 142,4 Millionen Dollar.

So war es eine der Absichten Carters und seiner Begleitung, die Regierungen dieser Länder unter Druck zu setzen, damit sie die ihnen von den US-Imperialisten verursachten Verluste schlucken. Nicht zufällig fand am letzten Tag der Carter-Reise eine Sitzung der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder statt. Schon im letzten Jahr war es den US-Imperialisten gelungen, mit Hilfe ihrer Lakaien, der Regime von Iran und Saudi-Arabien, die OPEC zu spalten und eine Erhöhung der Erdölpreise zu verhindern. Carter hat zwar jetzt in Caracas und Lagos viele schöne Worte gemacht über die „wirtschaftliche Gerechtigkeit", die ihm angeblich so sehr am Herzen liegt. Tatsächlich aber verbirgt sich hinter diesen Phrasen nur die eiskalte Absicht Washingtons, auch weiterhin die Preise für Erdöl und andere Rohstoffe der Länder Afrikas und Lateinamerikas zu drücken.

Es ging Carter bei seiner Reise jedoch nicht nur um die Absicherung der Ausplünderung der betreffenden Länder durch die amerikanischen Monopole. Vor allem in Afrika startete er ein großangelegtes Propaganda-Manöver, um die angeblich neue Außenpolitik Washingtons an den Mann zu bringen. Man glaubte seinen Ohren nicht zu trauen, als da der Regierungschef der amerikanischen Supermacht gegen „die Rivalität der Großmächte" zu Felde zog, sich gegen jede Einmischung von außen in die afrikanischen Angelegenheiten aussprach. Geschickt versuchte er die große Empörung der Völker Afrikas über das brutale militärische Eingreifen Moskaus und seiner kubanischen Söldner auszunutzen und sich selbst als Verteidiger der afrikanischen Unabhängigkeit hinzustellen.

So unverfroren tritt der Vertreter einer Supermacht auf, die den afrikanischen Kontinent seit eh und je rücksichtslos ausplündert, die mehrere blutige Feldzüge gegen die Freiheitsbewegungen der Völker Afrikas unternommen hat, die hinter den Terror-Regimen der Rassisten steht und diese Schlächter bis an die Zähne aufrüstet. Und wie steht es denn mit den Aggressionen der anderen Supermacht gegen die afrikanischen Völker? Schaut da etwa Washington nur sorgenvoll zu, wie Carter jetzt glauben machen möchte? In Angola haben die US-Imperialisten eine von dem CIA-Agenten Holden geführte Truppe finanziert und ausgerüstet, während die Sozialimperialisten ihre kubanischen Söldner schickten. So haben beide Supermächte den Bürgerkrieg in Angola angeheizt, um dieses reiche Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Genauso ist es gegenwärtig am Horn von Afrika. Während Moskau das äthiopische Regime aufrüstet und mit eigenem Militärpersonal und Söldnern unterstützt, hat sich Washington hinter das somalische Regime gesteckt und auf dem Umweg über Saudi-Arabien und den Iran ebenfalls für eine massive Aufrüstung gesorgt. Wieder sind es die beiden Supermächte, die auf dem Rükken der Völker Afrikas ihren erbitterten Konkurrenzkampf um die Herrschaft über diesen Kontinent austragen. Und wieder sind es die Völker, die für die Profite und Einflußgebiete der Kreml-Herren und der Wallstreet-Bosse auf den afrikanischen Schlachtfeldern ihr Blut vergießen.

In diesem mörderischen Konkurrenzkampf mit der russischen Supermacht setzen die amerikanischen Imperialisten nicht nur Ihre Waffen ein, sondern auch ihre Dollars. Das brachte Carters UNO-Botschafter Young, der den Präsidenten in Afrika begleitete, ganz unverblümt zum Ausdruck. Er erklärte, daß in Afrika Washington gegenüber Moskau am längeren Hebel säße. Die Beispiele Somalia, Sudan und Ägypten, wo Moskau früher einen starken Einfluß besaß, hätten gezeigt, daß es Washington gelänge, aufgrund seiner wirtschaftlichen Überlegenheit die russischen Konkurrenten zu verdrängen.

So ist der Besuch Carters in Afrika auch nur ein Teil der reaktionären Strategie Washingtons, die darauf abzielt, mit Waffen und mit Dollars, mit militärischen und mit diplomatischen Mitteln den Einfluß der amerikanischen Imperialisten auf diesem Kontinent zu festigen und zu erweitern. Der US-Imperialismus ist und bleibt ein Todfeind der Völker Afrikas. Darüber können weder die Predigten Carters hinwegtäuschen, noch die Tatsache, daß er den „häßlichen Amerikaner", dieses Symbol für die in aller Welt verhaßte amerikanische Supermacht, einfach für tot erklären will. Die Völker Afrikas werden diesem verlogenen Prediger nicht auf den Leim gehen. Sie werden den Kampf für ihre Befreiung gegen den Imperialismus und die afrikanische Reaktion fortsetzen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Iran
Massenaktionen im ganzen Land

Auch in der letzten Woche setzten die Werktätigen des Iran ihre Massenaktionen gegen das faschistische Schahregime fort. Die Städte Rezaiyeh, Isfahan und Zarand waren Schauplatz gewaltsamer Zusammenstöße zwischen den Massen und den bewaffneten Organen der Diktatur. Die Demonstranten griffen öffentliche Gebäude und Banken des verhaßten Regimes an und beschädigten sie teilweise schwer. Nach Angaben aus dem Iran waren in den letzten Wochen 30 Städte des Landes von solchen militanten Aktionen der Massen erfaßt.

Die Ereignisse beweisen: Trotz des gnadenlosen Terrors der faschistischen Diktatur, trotz Maschinengewehrfeuer und Panzereinsatz gegen die demonstrierenden Massen — der Iran kommt nicht zur Ruhe. Es gelingt den Henkern in Teheran nicht, die breite Erhebung gegen ihr Regime im Blut zu ersticken. Seit Monaten schon hat sich im Iran eine Welle des Massenkampfes entwickelt, die immer mächtiger gegen die faschistische Diktatur anbrandet.

Am 15. Februar des letzten Jahres: Gegen das faschistische Regime und seinen Hintermann, den US-Imperialismus, ziehen an diesem Tag Studenten aus Teheran in einer Demonstration durch die Hauptstadt. Anderntags sind es dann 15.000 aus allen Schichten des Volkes, die machtvoll ihren Haß gegen das faschistische Regime und seinen amerikanischen Oberherren zum Ausdruck bringen.

Im Januar kommt es in der Stadt Qom zu Straßenschlachten zwischen den Einwohnern und der faschistischen Polizei. 76 Menschen fallen dem gnadenlosen Terror des Regimes zum Opfer. Mitte Februar: Die Stadt Täbris erhebt sich gegen die Diktatur. Tagelang ziehen die Werktätigen in mächtigen Demonstrationen durch die Straßen, liefern sich Schlachten mit Armee und Polizei, greifen Banken und Behörden an und brennen sie teilweise bis auf die Grundmauern nieder. Das Regime verhängt das Kriegsrecht über diese Stadt. Mit Panzern und Kampfhubschraubern geht es gegen die Massen vor. Unbekannt ist die genaue Zahl der Ermordeten, sicher sind es Hunderte.

Dann in den letzten Wochen die militanten Massenaktionen in 30 Städten. Der Funke der Rebellion hat auf das ganze Land übergegriffen. Im Verlauf der Kämpfe kommt es auch zu bewaffneten Aktionen. So griff etwa am 19. März in Täbris, dem Schauplatz des Massakers vom Februar, ein Verband iranischer Patrioten eine Polizeistation an und eröffnete das Feuer aus automatischen Waffen. Zwei Polizisten des Regimes wurden getötet, mehrere weitere verwundet.

Das Regime unternahm einen plumpen und durchsichtigen Versuch, den Klassencharakter dieser Massenkämpfe zu verschleiern. Nach dem Aufstand in Täbris ließ der faschistische Innenminister verlauten, die Kämpfenden seien gar „keine Iraner" gewesen. Jetzt, nachdem sich die Kämpfe immer mehr ausgeweitet haben, geben die Faschisten in Teheran die Parole aus, die machtvollen Kämpfe wären das Werk von rückschrittlichen Geistlichen, die gegen den Fortschritt überhaupt auftreten. Es ist bezeichnend, daß die ganze reaktionäre Lumpenpresse in unserem Land dieses Märchen des Schah kommentarlos übernommen hat. Als „Beweis" sollte die Tatsache dienen, daß einige der Demonstrationen ihren Ausgang von Trauerfeiern genommen haben, die zum Gedenken der bei den Massakern von Qom und Täbris Ermordeten in den Moscheen des Landes durchgeführt wurden.


Militante Kämpfe im Iran 1973

Tatsächlich aber sind die großen Massenaktionen im Iran ein Ausdruck der Verschärfung der Klassengegensätze in diesem Land, ein Ausdruck der Tatsache, daß breite Schichten der werktätigen Massen ein für allemal Schluß machen wollen mit dem Regime des Schah, das ihnen nur Elend und blutige Unterdrükkung bringt. Die Parole, unter der sich die Bewohner von Täbris erhoben, war: „Freiheit, Arbeit und Brot fürs Volk". Immer wieder wurde auf den Demonstrationen der Sturz des Schah-Regimes gefordert, der Hintermann der faschistischen Blutherrschaft, der US-Imperialismus, angeprangert.

Wenn die Lumpenpresse der Deutschen Bundesrepublik, einschließlich der DKP-Organe, die Wahrheit über die Kämpfe im Iran verschweigt, wenn sie die Lügen des Regimes übernimmt, so hat das seinen Grund in den engen Beziehungen zwischen Bonn und Teheran. Gerade auf dem Höhepunkt der Massenkämpfe im Iran schlossen die westdeutschen Imperialisten ihr größtes Waffengeschäft seit Bestehen der Bundesrepublik mit dem iranischen Mordregime ab. Sie selbst geben den faschistischen Henkern die Waffen in die Hand, mit denen sie ihre wütenden Angriffe gegen das eigene Volk und die Völker des Persischen Golfes starten können. Indem sie die Verbrechen des Schah-Regimes an den iranischen Arbeitern und Bauern vertuschen oder herunterspielen, wollen sie zugleich ihre eigene Rolle als Mittäter bei diesen Verbrechen verheimlichen.

Sie haben Angst davor, daß ihre schmutzigen Geschäfte ans Tageslicht gezogen werden. Denn sie wissen genau, daß die Werktätigen in unserem Land die Hilfe Bonns für die faschistischen Massenmörder vom Schlage des Schahs verurteilen.

"Kommunistische Jugend des Iran" gegründet

Die Monatszeitschrift „Toufan", Organ der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran, brachte in einer ihrer jüngsten Ausgaben ein Kommuniqué zum Abschluß der I. Konferenz der Kommunistischen Jugend des Iran. Dieses wichtige Ereignis stellt einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Beschlüsse des I. Parteitages der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran dar. Die Konferenz der Jugend tagte zu einer Zeit, da die Genossen der Partei im Lande und in der Emigration entschlossen heftige Schlachten gegen die Reaktion und Opportunisten aller Schattierungen schlagen. Sie verteidigen entschieden die Gerechtigkeit ihrer Kämpfe und die Ideen der Arbeiterklasse.

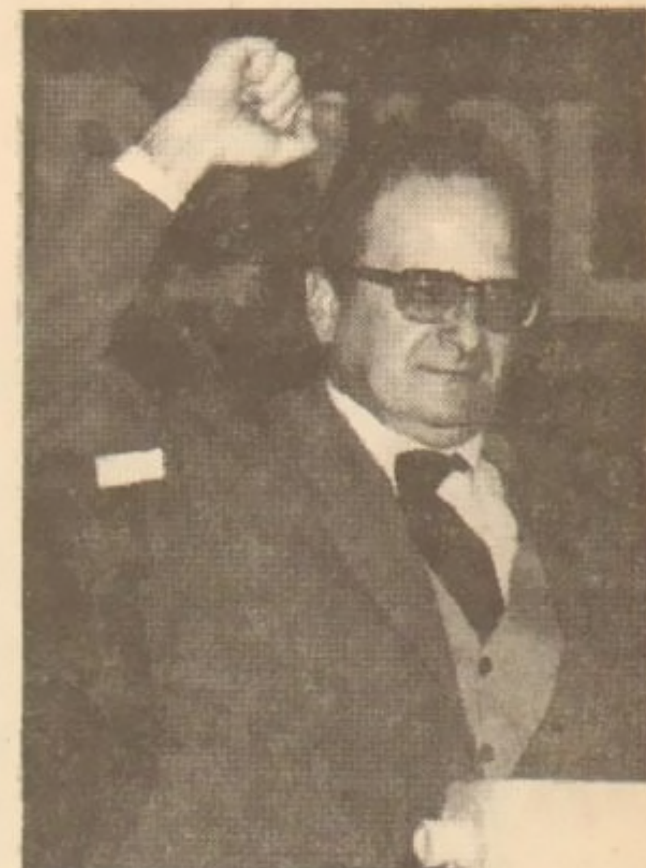
In der tiefsten Illegalität wurde die Jugendkonferenz zur Gründung der Jugendorganisation erfolgreich abgeschlossen. Dem Beschluß des 1. Parteitages der KP der Arbeiter und Bauern des Iran und den korrekten Direktiven des Zentralkomitees der Partei entsprechend, wurde die Jugendorganisation gegründet, um die Verbindungen der Partei mit den breiten Massen der Jugend, besonders der Arbeiterjugend, zu festigen. Durch beharrliche Arbeit wird sie zu einer wichtigen Stütze der Partei werden. Aus ihr wird die Partei frisches Blut und neue Kraft schöpfen. Die Jugendorganisation hat unter Führung der KP der Arbeiter und Bauern des Iran die Aufgabe, die Jugend in kommunistischem und bolschewistischem Geist zu erziehen, in den Herzen der Jugendlichen das Feuer der Liebe und Treue zur Partei des Proletariats zu entzünden, den Opfergeist und die Entschlossenheit zu wecken, sich für das Volk einzusetzen.

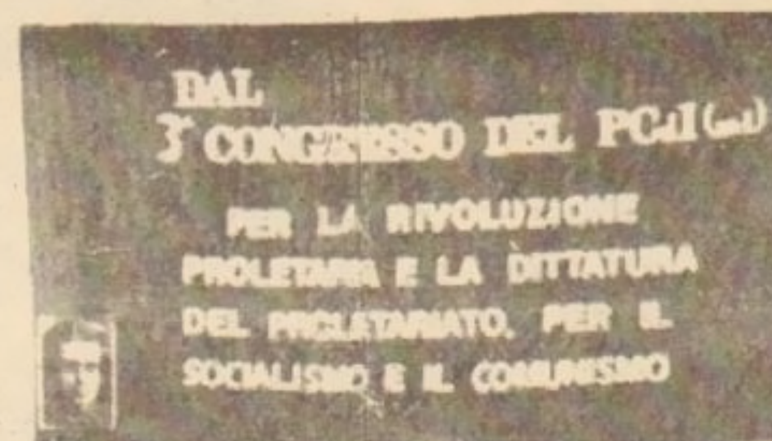
„Toufan" zitiert einen Artikel des Organs der Kommunistischen Jugend des Irans, in dem betont wird, daß nach Meinung der Organisation der Kommunistischen Jugend des Iran unter den gegenwärtigen Bedingungen im Iran bei der Arbeit unter der Arbeiterjugend die Arbeit unter den übrigen Jugendlichen aus anderen werktätigen Schichten, den jungen Intellektuellen und Studenten, nicht vernachlässigt werden darf, daß auch diese herangezogen und erzogen werden müssen. Angesichts der Verbreitung falscher, antimarxistischer Strömungen und Ansichten, die den Kommunismus verunglimpfen und herabsetzen wollen, betrachtet es die Organisation der Kommunistischen Jugend des Iran als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, für die Erziehung der Kommunistischen Jugend zu kämpfen, sie mit Vertrauen und Entschlossenheit zu rüsten, damit sie zu einer lichten Zukunft, zu einer neuen Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung schreitet. Angespornt von der Resolution, den Beschlüssen, der Linie und dem Programm der Partei fand die I. konstituierende Konferenz der Jugendorganisation einen erfolgreichen Abschluß, nachdem sie einige Resolutionen verabschiedet, ihr Statut ausgearbeitet und ihr Zentralkomitee gewählt hatte.

Veranstaltung zum 3. Parteitag der KPI/ML

Wie die Zeitung „Nuova Unita", Zentralorgan der KP Italiens/ML, berichtet, fand am 5. März in Turin eine Großkundgebung der Partei statt, auf der den werktätigen Massen die Ergebnisse des III. Parteitages der KP Italiens/ML bekanntgegeben wurden. Die Kundgebung wurde von vielen Menschen besucht, von Arbeitern, Werktätigen, Jugendlichen, Studenten, und es herrschte eine Atmosphäre großer revolutionärer Begeisterung. Zu Beginn der Kundgebung redete ein Arbeitergenosse aus der Turiner Parteiorganisation, und Genossen aus verschiedenen Industriebranchen hielten Grußansprachen. Dann ergriff Genosse Fosco Dinucci, Generalsekretär der KP Italiens/ML, das Wort. Nach seiner Rede wurde die Kundgebung mit dem revolutionären Lied „Bandeira Rossa" und der Internationale abgeschlossen.

Heute, betonte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, Fosco Dinucci, im Verlauf seiner Rede ist es notwendiger denn je, den Internationalismus zu festigen und den Kampf für den Marxismus-Leninismus, gegen den revisionistischen Verrat zu verstärken. Der Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus und gegen die Folgen des berüchtigten XX. Parteitages der KPdSU, auf dem Stalin angegriffen wurde und mit ihm das Wesen der revolutionären Prinzipien der Diktatur des Proletariats, muß verstärkt werden. Es muß der Kampf gegen jede Spielart des Chruschtschow-Revisionismus entfaltet werden, gegen die „Theorie der drei Welten", die die führende Rolle der Arbeiterklasse leugnet und zur Kapitulation vor den inneren und äußeren Feinden führt. Die KPI/ML arbeitet beharrlich an der Festigung der internationalistischen Verbindungen mit allen marxistisch-leninistischen Parteien, um die internationale kommunistische Bewegung zu stärken. Der 7. Parteitag der PAA und besonders der Bericht des Genossen Enver Hoxha leisteten dazu einen grundlegenden Beitrag. Angesichts der Feinde, die ihre Handlungen koordinieren, ist es die Aufgabe des Proletariats und aller Völker der Welt, die freundschaftlichen Beziehungen untereinander immer mehr zu festigen.


Genosse Fosco Dinucci, Generalsekretär der KP Italiens/ML




Großkundgebung der KP Italiens/ML, auf der die Ergebnisse des 3. Parteitages bekanntgeben wurden.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Hilfspolizisten mit MP bei der Schleyer-Fahndung

Neben der freiwilligen Polizei-Reserve in Berlin (seit 1960!) gibt es seit Jahren in Baden-Württemberg eine Freiwilligenpolizei, über die jetzt in einer ARD-Sendung („Das Hobby mit der Dienstpistole") berichtet wurde. Die Sendung, die sich „kritisch" gab, ließ nur die Spitze des Eisberges erkennen, denn: „Die Befragten machten ihre Antwort davon abhängig, ob die Kamera lief und das Mikrophon offen war. Was man uns hinter vorgehaltener Hand sagte, lassen wir weg." Aber auch die bekanntgewordenen Tatsachen sind erschreckend genug:

4.000 freiwillige Polizisten hat das Land Baden-Württemberg. Menschen, die nach Feierabend in die Uniform schlüpfen und dann regulären Polizeidienst verrichten. Zum Beispiel ein Angestellter eines kleinstädtischen Finanzamts, ein Agrarstudent, ein Maurerpolier. Ihre Motivation? Zynisch antworten die meisten: aus idealistischen Gründen, für den Rechtsstaat... usw.! Einer gibt nach Ansicht des Reporters den wahren Grund an, als er auf Befragen zugibt, daß er sich bei seinem Polizeidienst freier fühlt als im Beruf, weil er auf Streife den Menschen seine Meinung ins Gesicht sagen kann, während er im Betrieb nach oben buckeln muß und dann oft aggressiv nach Hause kommt. Unterdrückung am Arbeitsplatz als Polizist kompensieren; eine freiwillige Polizeiperspektive für aufgestaute Aggressionen. Das findet der Reporter durchaus legitim. Man muß sich das einmal konkret vorstellen anhand des Falles, der als Beispiel gezeigt wurde: Einsatz der Wasserschutzpolizei am Rheinufer zur Zeit der Schleyer-Fahndung: „Drei Freiwillige sind heute dabei, wo es vor allem darum geht, die Ufer des Rheins nach verdächtigen Subjekten zu durchkämmen ... auch er, der die MP trägt, ist nicht Polizeibeamter, sondern Zahntechniker und Wassersportler"!!! Oder der Kommentar zu einer anderen Szene: „Ein Freiwilliger sichert die Personenkontrolle an der Autobahn. Terroristen-Fahndung"! Oder sie haben die Aufgabe, bei Polizeifallen „Ausreißern, die die Kontrolle umgehen wollen, nachzusetzen"! Das sind die richtigen Aufgaben für zweifelhafte Elemente, die ihren krankhaften Unterdrückungstrieben ungehemmt nachgehen dürfen, nachdem sie eine zwölftägige (!) „Ausbildung" erhalten haben! Und so sieht diese „Ausbildung" aus: Nachdem sie in der Handhabung von Schußwaffen unterwiesen wurden, werden die Freiwilligen aufgefordert, in ihrem Leitfaden den § 12 nachzuschlagen, um den Unterschied zwischen Verbrechen und Vergehen kennenzulernen. Denn nur bei einem Verbrechen, das eine Gefängnisstrafe von über einem Jahr erwarten läßt, darf der Freiwillige schießen! Die Einschätzung, um was für einen Fall es sich handelt, bleibt natürlich ihm überlassen. Praktisch heißt das: Es wird geschossen! Oder, mit den Worten des Ausbilders vor seinen Schützlingen (vor den Fernseh-Mikrophonen): „Der Schußwaffengebrauch ist eine sehr wichtige Bestimmung, mit der uns sehr sehr weitgehende Rechte eingeräumt werden." Die Werktätigen werden in dieser Freiwilligentruppe das wahre Gesicht des ganzen Polizeiapparats erkennen, dessen Aufgabe es ist, die Herrschaft des Kapitalismus mit Terror zu schützen, wenn es sein muß, unter Brechung der eigenen Gesetze!



Frankfurter Eltern wehren sich gegen die Schließung der Kitas und die Versetzung von 180 Erziehern. Die Kitas werden von Eltern besetzt. Im Stadtteil Gallus kommt es zu einem Polizeieinsatz. Eltern und Erzieher protestieren gegen die gewaltsame Entfernung der Erzieher aus der Tagesstätte mit einer Demonstration.

Drei Arbeiter vermisst

Eine Explosion wird vertuscht

Kurz hinter Haltern sieht man über den Wäldern der Sythener Mark einen mächtigen Schornstein aufragen. An seinem Fuß liegt unsichtbar, versteckt in einem Ring von Wäldern, die „WASAG Chemie Sythen GmbH", die Pulverfabrik. Eine „Privatstraße" zweigt links in Richtung des Schornsteins in den Wald ab — „Benutzung für Unbefugte verboten!" — Ich stelle meinen Wagen ab und gehe zu Fuß weiter.

Gestern, Donnerstag, den 6. April, gegen 12.30 Uhr, ist es in der Pulverfabrik zu einer schweren Explosion gekommen. Drei Arbeiter sind seither „vermißt"; mehrere sind — teils schwer — verletzt. Ursache und Hergang des Unglücks sind — wie die Presse schreibt — unbekannt, die Werksleitung verweigert jede Auskunft. Sogar außerhalb des Fabrikzaunes waren gestern Pressefotografen von „Werksangehörigen" beim Fotografieren behindert worden. Was hat die Werksleitung zu verbergen?

Nach einer Kurve lichtet sich der Wald; das Werkstor kommt in Sicht, das Werksgelände. In voller Größe ist der Schornstein sichtbar. Kein Arbeiter ist zu sehen, nur der Pförtner sitzt in der Pförtnerloge. Er hat jede meiner Bewegungen beobachtet; jetzt stürzt er zur Sprechklappe und reißt sie auf: Was ich wolle? Ob ich von der Presse sei? Er gäbe keine Auskunft, auf keinen Fall, er hätte strikte Anweisungen. — So sehr ich auch beteure, daß ich nicht von der Presse bin — aus dem Pförtner ist nichts herauszukriegen; schimpfend schlägt er die Klappe zu.

In der Hoffnung, vielleicht doch noch etwas zu erfahren, gehe ich nun am Fabrikzaun entlang. Beiderseits des Zaunes stehen Bäume; vom Werk ist nichts mehr zu sehen außer dem großen Schlot. Bald aber stoße ich auf große zentnerschwere Betonbrokken, die vor dem Zaun liegen. Ein Betonbrocken hat einen großen zwei bis drei Meter breiten Krater in den Waldboden beschlagen; der Beton ist vom Aufprall zertrümmert; er zerfällt, wenn man ihn anstößt.

„Was suchen Sie denn hier?" fragt jemand. Hinter dem Zaun steht ein Arbeiter im Blaumann, ein Funksprechgerät umgehängt. Mißtrauisch fragt er mich aus, wer ich sei und was ich wolle. Personen, die sich hier aufhalten, müsse er sofort melden, sagt er, vor allem aber Vertreter der Presse. Nur schleppend ist eine Unterhaltung mit ihm anzufangen. Das Gewerbeaufsichtsamt sei in der Fabrik, die Staatsanwaltschaft. Auch Polizei hätte schon am Zaun patroulliert. Am besten sei es aber, wenn ich möglichst schnell und unauffällig ginge.

Ich gehe also vom Zaun weg in den Wald hinein, bis ich außer Sicht bin, und kehre dann in einer Schleife zum Zaun zurück. Jetzt erst erkenne ich das Ausmaß der Katastrophe. Auf einer Länge von 1.000 Metern und bis zu 500 Meter tief in den Wald hinein liegen die Trümmer des explodierten Betonbunkers. Krater sind in den Waldboden geschlagen; Äste sind herabgestürzt, Bäume geknickt. Zwischen den Stämmen sehe ich eine schwere Eisenplatte, die einmal einen Meter lang und einen halben Meter breit war. Jetzt ist sie zusammengeschoben und verbogen wie ein Stück Papier. — Wie muß es erst am Explosionsort selbst aussehen, der irgendwo weit hinter dem Zaun, unsichtbar hinter den Bäumen liegt?



600 Meter weit sind diese zentnerschweren Brocken des explodierten Bunkers geflogen.

Später erfahre ich in einer Gastwirtschaft des benachbarten Dörfchens Sythen, daß der Ort der Explosion und weite Teile des Werksgeländes nun eine Trümmerwüste seien. Die Trümmer des explodierenden Bunkers hätten die Betonwände anderer Bunker durchschlagen. Die Explosion war so stark, daß in der zwei bis drei Kilometer entfernten Ortschaft noch Fenster samt Rahmen herausgedrückt und Dächer beschädigt wurden. Infolge der Entfernung kam in Sythen zunächst die Druckwelle an und schüttelte das ahnungslose Dorf durch wie ein Erdbeben; dann erst, mit einigen Sekunden Verzögerung, war der Knall der furchtbaren Explosion zu hören.

In der Gastwirtschaft wird gesagt, daß es fast ein Wunder sei, daß die Explosion nicht noch mehr Opfer gefordert, nicht noch größere Ausmaße angenommen habe. Auf der Verladerampe sei ein Behälter mit Sprengöl gestanden, umherfliegende Brocken hätten ihn getroffen, aber er sei nicht explodiert. Auch habe wohl die Tatsache, daß die Explosion um die Mittagszeit passiert sei, dazu beigetragen, daß es nicht noch mehr Tote bzw. „Vermißte" gegeben habe.

Von den drei Arbeitern, die in dem explodierten Bunker gearbeitet haben, fehlt bis heute jede Spur, kein Überrest, kein noch so kleiner Hinweis auf sie ist gefunden worden.

Unglücke und Katastrophen haben in diesem Werk, das Sprengstoffe für — wie es heißt — „gewerbliche und militärische Zwecke" herstellt, Tradition. 1936 kamen bei einer Explosion 20 Arbeiter ums Leben, darunter der Vater von einem der Opfer des jetzigen Unglücks. 1975 erst starb bei einer Explosion in einem „Ein-Mann-Bunker" ein Arbeiter, der Sprengstoff in Patronen füllte. „Laufend passiert dort oben etwas", sagt der Wirt der Gastwirtschaft in Sythen.

„Was soll man machen? Langsam gewöhnt man sich daran", sagt der Arbeiter mit dem Funksprechgerät hinter dem Fabrikzaun. Aber wie er es sagt, klingt nicht sehr überzeugt. Und kann man sich daran gewöhnen, für 10,80 DM die Stunde — wie die meisten seiner 200 Kollegen — Gesundheit und Leben zu riskieren? Der Arbeiter hat mich, nachdem ich zum Zaun zurückgekehrt war, wiedergesehen; schon zweimal, sagt er, habe er über Funk Bescheid gegeben, beim dritten Mal würde die Werksleitung die Polizei holen und mich festnehmen lassen. Aber die Wege, die ich gegangen bin, sind doch öffentliche Spazierwege, sage ich. — Jetzt, nach der Explosion nicht mehr, sagt er, die Werksleitung habe das so bestimmt (später erfahre ich, daß der Leiter des Werkschutzes gleichzeitig der Förster des Waldstücks ist).

Als ich zum Werkstor zurückkomme, ist der Pförtner in heller Aufregung. Er reißt die Sprechklappe der Pförtnerloge auf und schreit mir entgegen: Wer ich eigentlich sei, was ich wolle. Laufend würden Funkmeldungen über mich eintreffen. Wenn ich nicht gleich verschwände, würde die Werksleitung die Polizei holen usw.

Über die „Privatstraße" gehe ich zurück. In welche Aufregung versetzt ein Spaziergänger, der, die Hände in den Taschen, im Wald vor der Fabrik herumgeht, dort die Werksleitung! Was hat sie zu verbergen? Was geschieht in der Pulverfabrik, die in den Wäldern versteckt liegt? Auch Arbeiter, die schon Jahrzehnte in der Fabrik arbeiten — wird in der Gastwirtschaft in Sythen gesagt — wüßten nicht, was in anderen Fabrikabteilungen als den ihren vorging.

Auch wenn es der Werksleitung vielleicht ganz angenehm ist, daß die Explosion ihre Opfer und zugleich die nächsten Zeugen spurlos ausgelöscht hat, die Arbeiter vergessen ihre Kollegen nicht. Sicher hat die Explosion in dem Pulverwerk Sythen einige aufgerüttelt. Und bestimmt wird diese Explosion den Haß der Arbeiter steigern gegen das kapitalistische System, gegen die Herrschaft der Kapitalisten, die um des Profits und militärischer Pläne willen Leben und Gesundheit der Arbeiter rücksichtslos aufs Spiel setzen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.